



Preis: wöchentlich 0,10 M., Einzelnummern 10 Pf. Durch die Post bezogen 0,15 M. ...

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Abonnement: Breslau 10, Kreutzberg Str. 50, Tel. 560 10.
Wohnsiedlung: Breslau 84, W. Wallon; Breslau, Kreutzberg Str. 50, Tel. 230 02. ...

Ausnahmezustand gegen die KPD.-Reichstagsfraktion

Sozialdemokratisch-deutschnationale Einheitsfront für Löbes Maulkorb-Paragrafen

(Eigener Bericht.) Berlin, 12. Dezember.

Der keine Belagerungszustand im Reichstag wird Dauerzustand. Nach der Vergewaltigung der kommunistischen Fraktion bei der Beratung des Sechsergesetzes Antikommunistengesetz hatte der Sozialdemokrat Löbe sofort das fertige Rezept zur Hand, um die endgültige Anebelung der kommunistischen Fraktion gesetzlich zu sanktionieren. ...

- 1. Der Präsident kann nach dem dritten Ordnungsruf den Ausschluß der kommunistischen Abgeordneten gleich für 30 Sitzungen aussprechen. ...
- 2. werden die Diäten und Fahrkarte entzogen;
- 3. können im Zukunft nur noch 30 Mitglieder die Anwesenheit erzwingen.

Die Sozialdemokraten haben die Väter der Verfassung ihre eigene Verfassung auf. Damit nicht genug. Als Genosse Bied in seiner Rede betonte, daß die Sozialfaschisten die Absicht haben, den kommunistischen Abgeordneten sogar die Mandate zu nehmen, schrie die ganze Rechte lebhaft Bravo! ...

nationalen Vizepräsidenten Graf, daß seine Fraktion damit einverstanden sei, wenn die Präsidialgewalt verstärkt würde. ...

Beginn der Statberatungen im Landtag

Im Preussischen Landtag wurde die Beratung des Haushaltsplanes für 1930 mit einer Einführungsrunde des Finanzministers Dr. Schäfer-Wischoff eingeleitet. Die Rede war im großen ganzen eine Vertretung der Forderungen des Reichsverbandes der Industrie, die dieser Tage durch eine Denkschrift der Öffentlichkeit unterbreitet wurden. ...

In längeren Ausführungen behandelte dann der Finanzminister die Reichsfinanzreformpläne Hilferdings. Dem Plan, die Länder und die Gemeinden in geringem Umfang an dem Aufkommen der direkten Steuern zu beteiligen, läßt sich aber das Interesse der Arbeiter nicht annehmen. ...

Terrorurteil gegen „Arbeiter-Zeitung“

Genosse Dombrowski zu einem Jahr Festung verurteilt

Breslau, 12. Dezember.

In dem Hochverratsprozess gegen die „Arbeiter-Zeitung“, der gestern vor dem 4. Senat des Reichsgerichts unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Lorenz Kattand, wurde Genosse Dombrowski, gemäß dem Antrage des Reichsanwaltes zu 1 Jahre Festung und 100 Mark Geldstrafe verurteilt. ...

Bildung von Kampfausschüssen, die Kommentierung der Bedeutung des roten Betriebsratsgesetzes in den Leunawerten, die Aufforderung, rote Betriebsräte zu wählen und die Betriebe in Burgen der Revolution zu verwandeln, erklärt. Hochverrat ist es auch, wenn zum Eintritt in die kommunistische Partei und zum Abonnement für die kommunistische Zeitung unter einer schlagkräftigen, bildhaften Parole aufgefodert wird. ...

Was das „Verbrechen“ zu b) anbelangt, so ist bekanntlich nach der von dem berichtigten früheren Reichsgerichtspräsidenten Biedner geschaffenen Auslegung des § 129 die Zugehörigkeit zum Funktionärkörper der KPD. strafbar. ...

Schon das äußerliche Bild der gestrigen Verhandlung war bezeichnend. Den Vorsitz führte der berichtigte Reichsgerichtspräsident Lorenz. Der kleine Mann mit dem beweglichen Feldwebel-Schnurrbart, der verlässliche Helfer im Kampf gegen die kommunistische Partei. Unter dem Vorsitz lag ferner ein Richter, der im Auftrag der Regierung sich viele Monate in Frankreich aufgehalten hatte, um den Kampf der französischen Regierung gegen die antimilitaristische Agitation der kommunistischen Partei Frankreichs zu studieren. ...

Wenn die kommunistische Partei zum Beispiel zur Bildung von Kampfausschüssen auffordert, so konstruiert der Oberreichsanwalt daraus Ausschüsse, die den bewaffneten Kampf führen sollen. Während der Sinn der Kampfausschüsse darin liegt, daß sie die Abwürgung von Arbeiterkämpfen auf gewerkschaftlichem wie auf politischem Gebiet durch die Reformisten verhindern, die Einzelkämpfe zusammenfassen, die Wirtschaftskämpfe zu politischen Kämpfen und zu politischen Massenstreiks steigern sollen. ...

Genosse Dombrowski, an Hand der Akten nach, daß in den letzten Jahren sieben Hochverratsverfahren gegen den Genossen Dombrowski niedergeschlagen wurden.

Bei diesen eingestellten Verfahren hat es sich durchweg um Artikel gehandelt, die in derselben Linie lagen, wie die unter Anklage stehenden. Der Angeklagte habe daher nicht annehmen können, daß die neun Artikel, die jetzt unter Anklage stehen und dieselbe Tendenz haben, strafbar seien.

Dann nahm der Oberreichsanwalt das Wort. Er erklärte, der Einwand des Verteidigers sei nicht stichhaltig. Nach der Erhebung der Hauptanfrage im Juli habe der Angeklagte Artikel derselben Tendenz weiter veröffentlicht. Das sei strafverfälschend. Die Artikel bezweckten, das Herbeiführen einer revolutionären Situation zu beschleunigen. Ein konstitutioneller Staat könne die Bürgerkriegspropaganda der KPD. nicht dulden. ...

Nach dem Oberreichsanwalt erhielt Genosse Dombrowski das Schlusswort, in dem er die Tendenz und die politische Bedeutung des Prozesses im Zusammenhang mit der Verschärfung des Klassenkampfes und der wachsenden Terrorwelle gegen die revolutionäre Arbeiterklasse unter Kennzeichnung der Rolle der Sozialfaschisten kurz aber treffend beleuchtete.

Wir werden das Schlusswort des Genossen Dombrowski morgen veröffentlichen.

Am gleichen Tage, als das Reichsgericht den Genossen Dombrowski zu einem Jahre Festung wegen literarischen Hochverrats verurteilte, erhielt der gräfliche Vatermörder vor dem Reichsgericht Klaffinger gerade neun Monate Gefängnis. ...

Koalition deckt die Anstellungssperre gegen diffidente Lehrer

Seit zehn Monaten sind die diffidenten Junglehrer entrecht. Der preussische Kultusminister, der Konfessionsminister hat die Anstellungssperre über die aus der Kirche ausgetretenen Lehrer verhängt. Seit dem Juni liegt eine große Anfrage der Kommunisten wegen dieser verfassungswidrigen Maßnahme des völlig verkräftigten Kultusministeriums vor. ...

Erfolgreicher Streik gegen Maßregelungen

In Hamburg traten am Montagmorgen die Arbeiter des Schuppens 48 des Stadtkais in den Streik, weil ein Vertrauensmann von der Ratverwaltung gemahregelt wurde. Seit länger Zeit versuchte die Ratverwaltung durch bestimmte Rationalisierungsmaßnahmen die Arbeiter zu immer größerer Arbeitslosigkeit zu zwingen. ...

Schacht pfeift — Hilferding tuscht

Die Forderungen der Großindustriellen erfüllt — Ueber 1300 Millionen Mark Steuererlasse an das Großkapital bei neuer Auspländerung der Massen

Hilferdings Finanzplan liegt nunmehr in der offiziellen Fassung vor. Damit stellt sich die folgende Frage auf: Welcher Unterschied besteht zwischen dem Steuerprogramm des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und dem des sozialdemokratischen Reichsfinanzministers? Es wird schwer sein, auf dem Steuergebiet irgendeinen wesentlichen Unterschied zu finden, wie nachfolgende Gegenüberstellung beweist:

Das „Steuerreform“- und Auspländerungsprogramm des Reichsverbandes der Industrie)	der Koalitionsregierung
Herabsetzung der Einkommensteuer durch Senkung des Tarifs, vor allem in den mittleren und höheren Stufen.	Senkung des Einkommensteuerjahres für die mittleren und höheren Einkommen auf 12, 20, 25 Prozent und 33 Prozent für die höchsten Einkommen — bisheriger Satz: 40 Prozent
Beseitigung der Kapitalertragssteuer.	Aufhebung der Kapitalertragssteuer
Sofortige und vollständige Aufhebung der Industrie- und Gewerbesteuer.	Stappenweise Aufhebung der Industrie- und Gewerbesteuer
Sofortige und vollständige Aufhebung der Verzinsung der Rentendebt-Grundschulden.	Sofortige Aufhebung der Rentenbankzinszahlungen
Ermäßigung der Grundvermögenssteuer.	Herabsetzung der Grundvermögenssteuer.
Herabsetzung der Kapitalwertsteuern und der Grunderwerbssteuern, sowie Beseitigung der Wertzuwachssteuern.	Senkung der Gesellschaftsteuern und der Wertpapiersteuern auf je die Hälfte, der Börsenumsatzsteuer um ein Drittel
Sofortige Herabsetzung der Gewerbesteuer auf mindestens die Hälfte, gänzlicher Fortfall nach Übergangszeit.	Sofortige Herabsetzung der Gewerbesteuern um 20 Prozent, der Grundsteuern um 10 Prozent, weitere Senkung vorsehen, vorläufig
Umschlichter Abbau der Hauszinssteuer mit dem Ziel ihrer gänzlichen Beseitigung in Verbindung mit der Abschaffung der Wohnungszwangswirtschaft.	Reichsmassnahmen noch nicht bekannt; der preussische Wohnungszinsminister will in den nächsten drei Jahren die Mieten um je 10 Prozent auf 15 Prozent der Friedensmieten erhöhen
	erner Fortfall der Zundersteuer ohne Preisentlastung.
	Herabsetzung der Vermögenssteuern.
	1311

*) Aus „Aufstieg oder Niedergang?“ Eine Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Dezember 1929.

Weitere Steuerherabsetzungen lassen sich jetzt noch nicht berechnen. Die Steuerabbauforderungen der Großindustriellen sind also fast restlos erfüllt worden, so daß auch dem Ruf des Reichsverbandes der Deutschen Industrie nach „stärkerer Anspannung der indirekten Steuern, insbesondere der Verbrauchsteuern“, Folge geleistet wurde, nämlich durch Herabsetzung der Tabak- und Zigarettensteuer um mindestens 130 Millionen Mark und der Biersteuer um 200 Millionen Mark.

Die Mehrbelastung der Verbraucher wird aber noch viel härter sein. Durch die vorgesehene „Kontingenzierung für Zigaretten“ erhält praktisch der Keemtsma-Konzern — ähnlich wie der schwedisch-amerikanische Zündholztrust für den Zündholzverkauf —

die unumschränkte Monopol- und Bücherdiktatur für Zigaretten

in Deutschland. Er wird deswegen die Preise um das Vielfache der Steuererhöhungen heraufsetzen können. Dank der engen Beziehungen des Keemtsma-Konzerns zum Reichsfinanzministerium, die ihm in der Vergangenheit bereits zu Riesenerlösen auf Kosten der Steuerkasse verholfen haben, wie die „Rote Fahne“ enthüllt hat, wird die „Finanzreform“ zu einem neuen Raubzug auf die Taschen der werktätigen Massen zugunsten der Profite des Keemtsma-Konzerns und des mit ihm verbundenen amerikanischen Finanzkapitals ausgenutzt werden können.

Das Verlangen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, wie es auch von den „demokratischen“ Finanzpolitikern erhoben wurde, nach einer Meßsteuer und „einem alle Bevölkerungsteile treffenden kommunalen Verwaltungsbeitrags“, also der berüchtigten reaktionären Kopfsteuer, ist in Hilferdings bisher bekanntgewordenem Programm noch nicht enthalten, ob-

wohl die Kopfsteuer von Hilferding als erstem in Vorschlag gebracht worden war, und jederzeit wieder aufgenommen werden kann. Offensichtlich ist diese Kopfsteuer aus taktischen Gründen vertagt worden; denn wie soll sonst nach Hilferdings Plänen der Ausfall in der Steuerlast gedeckt werden? Sein „Reformprogramm“ würde nämlich ein außerordentlich erhöhtes Defizit

Im Zeichen des Kommunistengesetzes

Polizei fordert Auslieferung der KPD.-Mitgliederlisten

Die reaktionärsten Bestimmungen des Sozialistengesetzes übertroffen

München-Gladbach, 11. Dezember. (Fig. Meldung.) Die Organisationen der Kommunistischen Partei in M.-Gladbach und Rhedt, sowie der Internationalen Arbeiterhilfe M.-Gladbach erhielten von dem christlichen Polizeipräsidenten J. J. J. a t h folgende Zuschrift:

„Unter Bezugnahme auf § 3 des Reichsvereinsgesetzes bitte ich um alsbaldige Uebersendung der Vereinsjahre sowie eines Verzeichnisses sämtlicher dem Vorstande des Vereins angehörender Mitglieder und deren Adressen. Ich mache darauf aufmerksam,

zur Folge haben. Einem Steuerabbau von fast 1,5 Milliarden Mark stehen „nur“ rund 350 Millionen Mark neue Klassensteuern gegenüber. Die Herabsetzung der Reparationslasten auf Grund des Young-Planes beläuft sich noch nicht auf die Hälfte des Abbaus der Kapitalsteuern. Bedenkt man nun noch, daß gegenwärtig bereits ein Defizit von mindestens 4—500 Millionen Mark in der Reichskasse vorhanden ist, so wird offensichtlich, daß Hilferdings Programm weitere Steuerbelastungen für die Massen vorseht, die er lediglich noch nicht bekanntzugeben wagte. Praktisch hat aber Hilferding mit seinem Steuerabbauprogramm die Grundlage für die Meis- und Kopfsteuer bereits geschaffen.

Statt Unfallverhütung — Kolonialpropaganda

Essen, 11. Dezember. (Fig. Bericht.) Auf der Schachtanlage Diergard I/II hingen, wie in allen anderen Gruben, Unfallverhütungsbilder aus, die zwar bis jetzt keinen Unfall verhütet haben, aber doch den Schächterren die Möglichkeit gaben, bei Unfällen die Schuld auf die Arbeiter zu schieben. Eines Tages prangten statt der bekannten Bilder andere an den Wänden, auf denen in großen Lettern zu lesen steht: „Kolonien fördern die Volksernährung“ — „Brot und Arbeit durch Kolonien.“ Der in der Mehrheit reformistische Betriebsrat tat natürlich nichts gegen diese chauvinistische Kolonialpropaganda. Aber um so mehr taten die Klassenbewußten Bergarbeiter. Noch am selben Tage waren die Plakate mit Klebestreifen mit folgender Parole überklebt: „Kämpf mit der kommunistischen Partei gegen koloniale Sklaverei!“ Und einige Tage später waren die Kolonialtrummel-Bilder ganz überklebt mit Plakaten: „Kämpf mit der KPD. gegen imperialistische Kolonialpolitik — für das Selbstbestimmungsrecht der Völker!“

Die allgemeine Zustimmung der Grubenproleten bewies, daß die Kommunisten mit dieser Form der Wandzeitung das richtige Mittel fanden, eine schnelle, schlagkräftige Gegenpropaganda gegen die von den Unternehmern geforderte Kolonialpolitik zu machen.

Wettbewerb der Sturmbrigaden

Hamburgs revolutionäre Transportarbeiter und Eisenbahner auf dem Kongreß der Sturmbrigaden — Sturmabteilungen in allen Betrieben für sozialistische Umgestaltung der ganzen Welt

Moskau, 11. Dezember. (Inprolet.) Vertreter der revolutionären Transportarbeiter Hamburgs übergaben dem Kongreß der „Sturmbrigaden“ eine rote Fahne und verlasen die von den Hamburger Eisenbahner angenommenen Resolution, in der sie sich zur Organisation eines internationalen revolutionären Wettbewerbs verpflichten.

Der Kongreß nahm folgende Antwort an die revolutionären Eisenbahner Hamburgs an:

„Der Kongreß der Sturmbrigaden begrüßt die deutschen Eisenbahner als Initiatoren des internationalen Wettbewerbs. Die Sturmbrigaden bekräftigen dieses Zeichen internationaler proletarischer Solidarität mit der Organisation neuer und immer neuer „Sturmabteilungen“ in den Betrieben und verpflichten sich, die Arbeit anderer Wettbewerber zu verzerren, die wie ausländische Arbeiter richtig bemerken, für unsere Zwecke gefährlicher sind als Anarchisten. Wir verpflichten uns, den Klassenkampf, den die kapitalistische Welt des Westens führt, in vier Jahren zu erfüllen.“

Der Kongreß der Sturmbrigaden drückt seine Überzeugung aus, daß der Wettbewerbskampf unter der Leitung der Kommunisten und der kommunistischen Parteien alle Kräfte mobilisiert, um Schutt und Äsche mit dem Proletariat der Sowjetunion in Körperzeit die sozialistische Umgestaltung der ganzen Welt vorzunehmen.“

Der Kongreß nahm einstimmig den von einer Reihe von Delegationen eingebrachten Vorschlag an, die Regierung zu erfragen, dem leninistischen kommunistischen Jugendverband den zweiten Orden des Roten Banners zu verleihen.

An der Disziplin des jetzt abgeschlossenen Kongresses beteiligten sich etwa 400 Delegierte, die konkrete Vorschläge für eine weitere Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs machten: Die „Sturmabteilung“ muß zur Massenarbeit werden. Sie zählen gegenwärtig über 100 000 Mitglieder. Es ist erforderlich, die besten Mitglieder der Sturmbrigaden in rückwärtige Betriebe zu versetzen, um auch dort die Arbeiter mit dem Beispiel hohen proletarischen Bewußtseins anzufachen. Im Wirtschaftsjahre 1929/30 müssen wenigstens 50 000 Mitglieder der „Sturmbrigaden“ für die gewerkschaftliche und wirtschaftliche Arbeit ausgesondert werden, davon 1000 für den Nationalisierungsapparat. Bei Kommandierungen innerhalb der Sowjetunion und auch nach dem Ausland sollen an erster Stelle die besten Mitglieder der Sturmbrigaden berücksichtigt werden. Der Kongreß hält die Organisation industrieller Chiffrierung einzelner Betriebe über vollständig kollektivisierte landwirtschaftliche Kreise und große Sowjetwirtschaften sowie die verstärkte Entsendung von Sturmbrigaden zur Unterstützung von Kollektiv- und Sowjetwirtschaften für notwendig.

Auf der Schlußsitzung des Kongresses wurde ein Aufruf an alle Arbeiter, Arbeiterinnen, an die Arbeiterjugend, Kopf- und Arbeiter angenommen, mit vereinten Kräften zur Erfüllung des Fünfjahresplanes in vier Jahren beizutragen. Der Aufruf schließt mit den Worten:

„Schließt mit den Arbeitern der Sowjetunion revolutionäre Verträge ab! Erhebt eine neue revolutionäre Welle in den Ländern des Kapitals!“

Das Proletariat der kapitalistischen Länder hört den Ruf des Proletariats der Sowjetunion:

Wir sind die Sturmbrigaden des sozialistischen Aufbaus! Seid ihr die Sturmbrigaden der Weltrevolution!

jam, daß die Vereinsvorstände zur Einreichung von Satzungen und Verzeichnissen gesetzlich verpflichtet sind und derjenige, der den gesetzlichen Bestimmungen zufolge die Einreichung der Satzungen sowie des Mitgliedsverzeichnis unterläßt, mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit entsprechender Haft bestraft werden kann.“

Diese freche Provokation des christlichen Polizeipräsidenten reißt sich würdig ein in die ständig wachsenden Fälle von Versammlungsstörungen, blutigen Überfällen auf demonstrierende Arbeiter, ist ein würdiges Gegenstück zu Jörgelbels Mairshäckerleien. Es bedeutet, daß die schwarze Zeit des bismarckischen Sozialistengesetzes unter Severings Kommunistengesetz in noch verstärktem Maße wiederholen soll. Schwarze Listen, Auslieferung sämtlicher Mitgliedsverzeichnis an die Behörden, Bepfehlung jedes einzelnen revolutionären Arbeiters im Betrieb, auf der Straße und zu Hause, eine Arbeiterbewegung von Severings Gnaden, das ist die „Ordnung“, die der sozialfaschistische Reichsinnenminister in Deutschland einführen will, das ist es, was Severing vorherrscht, wenn er von „Befriedung“ des politischen Lebens spricht.

Selbst vom Standpunkt des formalen bürgerlichen Rechts stellt der Brief des Gladbacher Polizeipräsidenten einen offenen Bruch der Verfassung dar, denn die Bestimmungen des Vereinsgesetzes, auf die er sich bezieht, sind von den Volksbeauftragten im Jahre 1918 aufgehoben worden. Daß sich dieser Vorfall nicht bloß zufällig zugetragen hat, sondern als eine Machtdemonstration „höherer Stelle“ aus veranlaßt worden ist, beweist eine Äußerung des „linken“ sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Rosenfeld in der „Leipziger Volkszeitung“, daß Severing in seinem neuen geplanten Vereinsgesetz

„wieder die Verpflichtung der Vorstände politischer Vereine einzuführen wird, Satzungen und Verzeichnisse der Vorstandsmitglieder der Polizeibehörde einzureichen.“ (!)

Dieser provokatorische „Versuch“ muß einen Sturm der Enttäuschung unter der Arbeiterklasse auslösen. Er zeigt, wohin der Weg geht. Der entschlossenste Kampf gegen das Republikstückergeß, gegen das geplante neue Vereinsgesetz und die gesamte reaktionäre Gesetzgebung der Hermann-Müller-Regierung muß die konterrevolutionären Pläne des Sozialfaschismus zerbrechen. Hinzu in die Reihen der KPD. ist die erste Antwort des Massen!

Deutsch-polnisches Roggenexport-Syndikat. Anfang Dezember d. J. sind die Verhandlungen zwischen dem Verband der Getreideexporteure Polens, der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft, sowie der Getreide-Industrie- und Kommissions-A.-G. (Scheuer-Konzern) über eine Zusammenarbeit bei dem Dumping-Export von Roggen zum Abschluss gekommen. Man hat sich über eine gemeinsame Ausfuhrpolitik im Interesse des inländischen Preiswuchers verständigt.

Der Sturm gegen Severings Zuchthausgesetz

In der Funktionärskonferenz des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Sektion Vieh- und Schlachthof, wurde gegen 6 Stimmen folgende Resolution angenommen:

Die am 8. Dezember 1929 tagende Funktionärskonferenz des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Sektion Vieh- und Schlachthof, erhebt den schärfsten Protest gegen die Schaffung des Republikfluchtgesetzes. Dieses Gesetz wird lediglich geschaffen zur Unterdrückung der kommunistischen Partei und der gesamten Klassenbewegten Arbeiterschaft. Die Deutschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zeigt mit aller Klarheit und Deutlichkeit, das die Bourgeoisie bestrebt ist, einen neuen Ausweg auf die Taschen der Arbeiterschaft durchzuführen. Das Republikfluchtgesetz soll die Voraussetzungen schaffen, mit Hilfe der SPD. durchzuführen. Der Stauswurf der kommunistischen Abgeordneten aus dem Reichstag, sowie die Verschärfung der Geschäftsordnung des Reichstages zeigt, das die Diktatur der Bourgeoisie mit Unterstützung der sozialdemokratischen Minister immer offener und brutaler gegen das Proletariat wird. Sie kann nur gebrochen werden durch die rote Klassenfront, durch den Sturz der Bourgeoisie.

Kein Ende des Düsseldorfer Polizeistandals

Gestern brachte die ganze bürgerliche Presse die Meldung von der Verhaftung des Landarbeiters Niestron, mit der Tendenz, die Öffentlichkeit glauben zu machen, daß man endlich der Aufklärung der Düsseldorfer Morde näherkommen werde und die unfähige Polizei zu entlasten. Unsere Behauptung, daß die Belastungsmomente gegen Niestron außerordentlich schwach seien, haben sich voll und ganz bestätigt. Heute schon muß das „Berliner Tageblatt“ zugeben, daß der Verhaftete Niestron in keinerlei Zusammenhang mit der Mordeffäre steht. Der Festgenommene wurde gestern von Potsdam nach dem Berliner Polizeipräsidium gebracht, wo er eingehend von dem Kriminalkommissar Dr. Brachwitz vernommen wurde. Auch die Kriminalpolizei muß jetzt schon ihre Verdächtigung gegen ihn fallen lassen.

Nieder mit den Gewerkschaftsbaltern

Eine ordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes der Bauarbeiter, Zahlstelle Köln-Chrenfeld, nahm einstimmig eine Resolution an, in der sie auf das schärfste gegen das Vorgehen des Vorstandes, gegen die Leitungen der Zahlstellen Berlin und Düsseldorf protestierte. Die Resolution bringt zum Ausdruck, daß die Bauarbeiter darin eine Vergewaltigung und Terrorisierung der Mitgliedschaft erblicken. Sie geloben, alles daran zu setzen, die einheitliche Front zwischen den Kollegen des Zimmerer- und des Bauarbeiterverbandes herzustellen zum Kampf gegen die sozialfaschistische Verbandsbürokratie, für die Organisierung von zwischenarbeitslosen Kämpfen um Lohn und Brot unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Eine gleiche Protestentscheidung wurde in einer Versammlung der Steinseher der Zahlstelle Düsseldorf angenommen. Es heißt in dieser Resolution:

„Die Versammelten sehen in einem scharfen und rücksichtslosen Kampf der Opposition gegen diese sozialfaschistischen Führer die einzige Möglichkeit, die Einheit der Gewerkschaften auf revolutionärer Basis wiederherzustellen.“

Der Kampf gegen die Spaltungsmassnahmen der sozialfaschistischen Verbandsbürokratie muß gerade jetzt mit gesteigerter Wucht geführt werden. An vielen Orten versuchen die Verbandsbürokraten gegen die Delegierten des Reichsfongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition mit Ausschüssen vorzugehen. Die revolutionären Gewerkschaften müssen sich geschlossen hinter ihre Vertrauensleute stellen und den entscheidendsten Kampf gegen die Zertrümmerer der Gewerkschaftsbewegung führen.

Frecher Vorstoß der Schulreaktion in Dresden

Überwachung aller K.V.D.-Versammlungen, an denen Kinder teilnehmen, durch Polizei

Dresden, 9. Dezember. (Eig. Bericht.) Die Schulreaktion holt zu einem großen Schlag aus. Das Dresdener Schulamt hat auf Anweisung der christlichen Elternvereine in Gemeinschaft mit der Polizei die Überwachung von kommunistischen Versammlungen, an denen Schulkinder teilnehmen, angeordnet, um gegen sie mit Schultaxen vorzugehen. Das Schulamt beruft sich dabei auf eine Ministerialverordnung, wonach es Schülern und Schülerinnen verboten ist, sich an Vereinigungen oder Veranstaltungen zu beteiligen, die das Ziel haben, die bestehende Staats- oder Gesellschaftsordnung auf anderem als dem gesetzlichen Wege zu ändern, oder sich sonst mit den Aufgaben der Schulziehung in Widerspruch setzen.

Übertrumpft wird diese Anordnung, die von der christlichen Schulreaktion veranlaßt worden ist, durch die Anweisung der Kommission für das städtische höhere Unterrichtswesen und die Bezirkschulämter, die der „Dresdener Anzeiger“ am Sonntag veröffentlicht. Dort wird neben den allgemeinen Anweisungen des Schulamtes unter Berufung auf die Ministerialverordnung vom Juli 1927 den Schulhausleitern und Lehrern die geradezu ungläubliche Anweisung erteilt, mit Gewalt kommunistische Zettelverteiler bis zum Eintreffen der Polizei festzuhalten. Wörtlich heißt es in diesen Anweisungen: „Zettelverteiler in und bei den Schulen sind, soweit möglich, hinhaltend. Auf festlicher Tat Entzappe bis zum Eintreffen der Polizei auch körperlich festzuhalten, ist gesetzlich zulässig. Die Sicherheitspolizei ist schnellstens zu benachrichtigen, damit die Verteiler festgehalten werden. Die Fernsprechnummer der zuständigen Sicherheitspolizei ist vorjünglich festzustellen und beim Schultelephon sichtbar anzubringen. Die Kenntnisnahme von diesem Kundschreiben ist von allen Lehrenden durch Unterschrift zu bestätigen.“

Mit direkt faschistischen Methoden gehen die Behörden gegen die kommunistische Schulagitation vor. Die Klassenbewußte Arbeiterschaft, die Klassenbewußten Arbeiterkinder werden jedoch vor diesem Angriff unter keinen Umständen zurückweichen. Den Klassenfeinden des proletarischen Kindes steht eine geschlossene Front der Arbeiterkinder, der Schüler und der Klassenbewußten proletarischen Lehrerschaft gegenüber.

Die Fortführung der Kulakhetze

Der Völkerbund soll intervenieren!

Eine unverfälschte konterrevolutionäre Deutschrift — Den deutschen Imperialismus läßt der Interventionsversuch Amerikas nicht schlafen!

Eine von dem imperialistischen „Bund für das Deutschtum im Ausland“ vorgeschobene „Arbeitsgemeinschaft der Deutschen aus Rußland und Polen“ hat „auf Veranlassung der deutschen kriegsgefangenen Bauern, die Rußland verlassen wollen“, an den Völkerbund und andere internationale Stellen eine Deutschrift gerichtet.

In dieser unverfälschten, konterrevolutionären und verlogenen Schrift wird der Völkerbund aufgefordert, dahin zu wirken, daß die Kulaken in der Sowjetunion, „wieder zu einem erträglichen Dasein gelangen und daß die im Fluß befindliche Auswanderungsbewegung ohne persönliche Verfolgung wie wirtschaftliche Vernichtung und politische Entrechtung vor sich gehen möchte.“

Der Völkerbund soll den Kulaken zu einem „erträglichen Dasein“ verhelfen, soll sie vor „wirtschaftlicher Vernichtung schützen“. Das ist die direkte Aufforderung zur Einmischung in die inneren Verhältnisse der Sowjetunion, zur Stellungnahme gegen die Kollektivierung der Landwirtschaft, durch die allerdings die wirtschaftliche Existenz der Kulaken vernichtet wird.

Der Völkerbund soll auch „dahin wirken“, daß die „persönliche Verfolgung“ und die „politische Entrechtung“ der Kulaken aufhört! Das ist ein schlecht verhüllter Angriff gegen die Grundlagen des Sowjetregimes, das den Kulaken wie allen anderen kapitalistischen Elementen das Wahlrecht entzieht. Das ist auch ein Vorstoß gegen die energische Verteidigung der proletarischen Diktatur gegen die Verschwörungen und die wirtschaftliche Sabotage der Kulaken (in den Kollektiven und bei der Getreideablieferung usw.).

Bei dieser frechen Deutschrift haben wir es mit einem neuen, wohl vorbereiteten, organisierten Schritt der internationalen Interventionskreise zu tun, die auch in der bisherigen Auswanderungsbewegung ihre Hand im Spiele hatten und gemeinsam mit kulakischen und religiös-reaktionären Elementen inner-

halb der Sowjetunion die „Bewegung“ schufen. Diese „Bewegung“ wurde im geheimen vorbereitet, um sie dann öffentlich zu einer großen sowjetfeindlichen Propaganda auszunutzen.

Alle politisch, ökonomisch und religiös reaktionären Mächte, die unter der Oberfläche die „Bewegung“ in Fluß gebracht hatten, schlossen sich nunmehr offen zusammen, um den „Brüdern in Not“ zu helfen. An die Spitze trat Herr Stüdtgen als Reichskommissar — wer anders als ein Sozialfaschist kommt dafür in Frage!

Mit der Deutschrift der „Arbeitsgemeinschaft“ wird die sowjetfeindliche Kulakenhetze auf internationale Basis fortgeführt und gesteigert. Der neueste durch den deutschen Imperialismus eingeleitete Interventionsversuch reißt sich würdig dem Interventionsversuch Amerikas in der Mandchurei an, der soeben durch den Sieg der Roten Armee kläglich gescheitert ist.

Ein T.U.-Telegramm aus Genf vom 11. Dezember bestätigt den Eingang der Eingabe beim Sekretariat des Völkerbundes. In dem Telegramm, dessen Inhalt zweifellos vom Sekretariat des Völkerbundes inspiziert ist, heißt es:

„Geschäftsordnungsgemäß bereitet die Eingabe im Generalsekretariat des Völkerbundes gewisse Schwierigkeiten. Grundtätigkeit werden neue Fragenkomplexe nur auf Antrag eines Ratsmitgliedes auf die Tagesordnung gesetzt. Man hält es hier jedoch nicht für ausgeschlossen, daß Deutschland als Ratsmitglied diese Frage vor den Völkerbund bringt. Allgemeine Übereinstimmung herrscht darüber, daß es sich hierbei um ein Aufgabenfeld handelt, für das der Völkerbund ohne Zweifel in erster Linie zuständig ist.“

Das ist deutlich! Damit ist ein offizieller Interventionsversuch des Völkerbundes bereits angekündigt!

In der Rundgebung der V.H., die am Dienstag in den Andreasalen gegen den „Brüder-in-Not“-Schwindel durchgeführt wurde, wurde eine scharfe Protestresolution angenommen.

„Nationale“ Begeisterung und Geschäft

Was die Hapag an den Kulaken verdient

Hilferding schenkt Herrn Cuno täglich 6 Mark pro Kulak — Cuno kann sich mästen, während Erwerbslose verhungern

Die bürgerliche Nachrichtenagentur „Zeitnotizen“ meldet:

„Ueber den Aufenthalt der mennonitischen Bauern aus Sowjetrußland und Sibirien, die aus religiösen und privatwirtschaftlichen Gründen auswandern wollen und von der Reichsregierung zu vorübergehendem Aufenthalt nach Deutschland eingeladen wurden, weil ihre Vorfahren von dort vor 150 Jahren ausgewandert sind, ist ein Abkommen mit der Hamburg-Amerika-Linie (Hapag) abgeschlossen worden. Danach werden die Auswanderer in den Hallen der Hapag in Hamburg untergebracht werden, wofür das Reich an die Hapag für Wohnung und Verpflegung pro Person täglich sechs Reichsmark zahlt.“

Augenblicklich sind in den Hamburger Auswandererhallen bereits 1200 Personen untergebracht; es wird dort mit einem Durchgang von über 10 000 Personen gerechnet. Die Hapag ist in ihren großen Auswandererhallen auf einen derartigen Betrieb eingerichtet, so daß ihr hierfür keine Sonderkosten entstehen. Sechs

Mark als täglicher Wohnungs- und Verpflegungssatz für die Bauern, die mit der bei deutschen Schiffahrtsgesellschaften für Auswanderer der letzten Klasse (früher Zwischendeck genannt) üblichen Nahrung verpflegt werden, erscheint daher außerordentlich hoch. Man begreift, daß sich Herr Cuno selbst in Berlin um dieses gute Geschäft für seine Firma bemüht hat.

Gleichzeitig erfahren wir, daß im Flüchtlingslager Hammerstein, das als Aufenthalt der russischen Bauern offiziell genannt wird, neuerdings journalistischen Besuchern der Zutritt verweigert wird. Als Grund wird Seuchengefahr angegeben. Der Hinweis, daß eventuelle Krankheiten von den auch außerhalb des Lagers frei verkehrenden Lageraufsichtspersonen leichter übertragen werden würden, als von einem einmal dort erschienenen Journalisten, blieb unbeantwortet.“

Diese Mitteilung der „Zeitnotizen“ spricht für sich, sie bedarf keines Kommentars.

Streiks und Entlassungen

Maßregelung durch Streit abgewehrt

Hamburg, 11. Dezember. (Eig. Bericht.) Am Montag traten die Arbeiter des Schuppens 48 vom Stadtkai in den Streit, weil ein Vertrauensmann von der Ratverwaltung gemahregelt wurde. Seit einiger Zeit versuchte die Ratverwaltung durch bestimmte Nationalisierungsmassnahmen die Arbeiter zu immer größerer Arbeitsleistung zu zwingen. Der Vertrauensmann hatte, geküßt auf die Belegschaft, gegen diese Nationalisierungsmassnahmen Stellung genommen. Als darauf der Vertrauensmann gemahregelt wurde, kam es zu einem spontanen Streit, unter dessen Druck die Maßregelung zurückgenommen werden mußte. Erst nachdem die Ratverwaltung wieder den Vertrauensmann an seiner alten Arbeitsstelle eingesetzt hatte, wurde die Arbeit geschlossen wieder aufgenommen.

Arbeiterinnen kämpfen gegen Lohnabbau

Solingen, 11. Dezember. (Eig. Bericht.) Wie wir bereits berichteten, will die Firma Kortebach & Raab, Dhlgs-Weyer, einen 11 prozentigen Lohnabbau durchführen. Für den Fall, daß die Belegschaft nicht damit einverstanden ist, haben die Unternehmer die Entlassung der gesamten Belegschaft angedroht. Nachdem die Belegschaft beschlossen hatte, den schärfsten Kampf gegen den Lohnabbau aufzunehmen, sind nunmehr die Arbeiterinnen des Betriebes aus den Abteilungen Metzerei, Wiegerei und Binderei in den Streit getreten.

6000 Arbeiter in Sachsen entlassen

Leipzig, 11. Dezember (Eig. Bericht.) Erst jetzt wird bekannt, daß von den im Monat August 1929 eingegangenen

162 Gesuchen um Betriebsstilllegung nur in vier Fällen keine Genehmigung erteilt wurde. Entlassen wurden 5869 Arbeiter und 387 Angeheile.

Simon schließt aus

Der Hauptvorstand des Schuhmacherverbandes hat die Berliner Kollegen Rogin, Herzog und Röper aus dem Verband ausgeschlossen, weil sie als Delegierte am Reichsfongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition teilgenommen haben.

Revolutionärer Streit in Amerika

Militär gegen streikende Bergarbeiter

Keenok, 11. Dezember. Der von dem revolutionären Bergarbeiterverband der USA. ausgerufenen Bergarbeiterstreik in Illinois wird seit Montag durchgeführt. Die Besuche der Unternehmer, den Streikenden zu organisieren, scheiterten an der Einmütigkeit und Entschlossenheit der Streikenden. Es kam zu schweren Zusammenstößen zwischen Streikenden und Streikbrechern.

In Taylorville, dem Zentrum des Streiks, sind heute 500 Mann Militär eingetroffen, um mit allen Mitteln den revolutionären Streit niederzuschlagen.

Die Empörung der Arbeiter und der Bevölkerung ist ungeheuer.

Waldenburger Bergland

„Oppositionelle Bergarbeiter sind Idioten“

Ausspruch des Nicht-Idioten Möhle als Gewerkschaftsangehänger

Am Sonntag tagte die Generalversammlung der Jahrestelle Gottesberg des Bergbau-Industriearbeiterverbandes. Die Versammlung war nicht gut besucht. Durch sozialdemokratische Fraktionsarbeit hatte man es verstanden, die „zufriedenen“ Mitglieder heranzuziehen. In dem zusammengeleiteten nichtisagenden Geschäftsbericht, welcher unter Aufsicht des Nicht-Idioten Möhle abgegeben wurde, versuchte Werner seine Unfähigkeit zu bedecken und den Rückgang der Jahrestelle den Kommunisten in die Schuhe zu schieben. Der Kassierbericht zeigte ein wirres Durcheinander, indem der „bedrückte“ Kassierer Hunderte und Tausende verstellte, und von Möhle durch dauernde Gehörwidrigkeiten zurechtgestrichelt werden mußte. Alles mußte bei der Kassierung in guter Ordnung sein, denn die zwei „zufriedenen“ Revisoren brauchten keinen Berichterstatter. Was wäre geworden, wenn ein kommunistischer Vertrauensmann das unterlassen hätte? Einen interessanten Bericht erstellte der Jugendobmann, der trotz seiner sozialdemokratischen Intelligenz nicht imstande war, im Laufe des Geschäftsjahres die Jungamerabden zusammenzufassen. Durch eine Gemeinheitsfische mit der SWJ. versuchte er, seine Unfähigkeit zu vertuschen.

In der Diskussion hatte sich die Opposition nicht nur gegen die persönlichen gehässigen Angriffe verteidigt, sondern auch in klarer Form den Sozialfaschismus in den Gewerkschaften ausgelegt. Bei der Vorstandswahl zeigten sich die Auswirkungen der gehässigen Fälschung. Amvürse der Sozialfaschisten. Die treuergebene SPD-Ortsverwaltung kann wieder auf ein Jahr ihre Unfähigkeit beweisen.

Nach der Wahl erfolgte der Bericht über den abgeschlossenen Manteltarif. Zugleich wurde auch der gekündigte Bohntarif behandelt, wobei Möhle erklärte, daß die von der Opposition aufgestellte Lohnordnung entweder von Nicht-Bergleuten aufgestellt sei, oder, wenn es Bergarbeiter seien, dann seien es

Idioten, die diese Lohnordnung aufgestellt haben.

Als kann die Opposition in der Debatte diese unerhörte Provokation scharf brandmarkte, waren es die Sozialdemokraten, die eine sachliche Stellungnahme zu den schädlichen Auswirkungen des Manteltarifs und der Lohnordnung verhinderten und selbe den Saal verließen.

Die Opposition wird insbesondere in „Schlegel und Eisen“ weitere Erläuterungen über die schädlichen Auswirkungen des abgeschlossenen Manteltarifs bringen, und die Bergarbeiter werden sich bestimmt um die Opposition sammeln.

Offene Fraktionsarbeit der Reformisten in Rothenbach

A. R. Am Sonntag fand in Rothenbach die Jahrestellen-Generalversammlung des B. V. statt. Als Referent war der Reformist Steinmeyer erschienen, der die Versammlung schon bei seinem letzten Hiersein so schrecklich belogen hatte. Die Versammlung war gut besucht, denn die Reformisten hatten die Werbetrömmel sehr gerührt. Es gab doch einige Posten zu verteilen, und die Reformisten waren sehr bemüht, alle diese zu besetzen. Die Opposition war in der Minderheit, und die von ihr eingebrachte Resolution kam nicht durch, denn in der Gegenprobe forderte der Reformist Betriebsratsobmann Fritz Krebs seine Leute durch den Ruf auf: „Au ober“, und tat als Erster seine „schwertigen Arbeitskäufe“ in die Luft (er hat schon zehn Jahre nicht mehr gearbeitet). Diesem grandiosen Beispiel folgten die anderen. Eingangs der Versammlung rügte ein Genosse das Verhalten der Reformisten, welche mit nicht wiederzugebenden Methoden gearbeitet hatten, um eine recht starke Beteiligung ihrerseits zu erzielen. Der Reformist Steinmeyer versuchte krampfhaft die neuen Abmachungen im Manteltarif als reformistischen Sieg darzustellen, doch blieb es beim Versuch. Man konnte beobachten, daß die Opposition in dieser Versammlung an Anhang gewonnen hatte. Unter der „bewährten“ Führung eines reformistischen Invaliden werden wir ins neue Jahr einrücken.

Nachbemerkung der Redaktion: Die Reformisten hatten alles aufgeboten, um die Ortsverwaltungen in den Händen zu behalten. Der Ausgang der Wahlen ist aber keineswegs ein Zeichen dafür, daß die Mehrheit der Waldenburger Bergarbeiter hinter den Reformisten steht. Am Sonntag hat auch die Generalversammlung in Weißstein stattgefunden. Den Bericht darüber veröffentlichen wir am Sonntagabend. Zugleich werden wir einen zusammenfassenden Artikel über die Ortsverwaltungsarbeiten schreiben.

Bäckermeister. Schwere Typhusfälle. In der Gemeinde sind gefährliche Typhuskrankungen festzustellen. Der hier beschäftigte 24jährige Sohn des Pastors Thomas aus Silberberg ist bereits an der Erkrankung verstorben.

Oberes Revier

Gottesberg. „Himmel, Hölle und auf Erden“. Am Sonntag veranstaltete die hiesige Ortsgruppe des Freidenkerverbandes im „Schützenhaus“ eine Kneve mit abiger Bezeichnung unter Leitung von B. A. Kupf, Breslau. Durch mangelhafte Vorbereitung war der Besuch sehr schlecht. Die Besucher sollten den Spielern großen Beifall. Die Kneve zeigte so kraß und anständig die verfallene göttliche Weltordnung mit ihren Kalorien. Nur hat der Verfasser vergessen, auch den Urheber des Kontroverts, den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun, sowie auch die zahlreichen Abgeordneten der SPD, die der Kirche als treue Diener noch angehören, in seiner Aufführung durch Karikatur und Satire auf der Bühne zu veranschaulichen.

Friedland. Mordversuch an der Ehefrau. Aus Rache wegen Einleitung der Eheführung überfiel der Arbeiter Dietrich aus Kalpona seine Frau, als sie von der Arbeit nach Hause ging. Er würgte sie, bis sie die Bewußtlosigkeit verlor. Auf ihre Hilferufe herbeieilende Passanten würgten den Rasenden mit Gewalt von seinem Opfer reißten.

Freiburg

Veranstaltung der Holzarbeiter. Die Verwaltungsstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes veranstaltet Sonnabend, den 14. Dezember, im „Gasthof zum Hirschen“ die diesjährige Weihnachtsfeier. Das Programm ist folgendes: Eröffnung 17.30 Uhr. Beginn 18 Uhr Weihnachtsfeier mit der Arbeitslosen, Kranen und Invaliden. Gegen 19 Uhr Eröffnung der Jubilare. Anschließend Theater- und Gesangsveranstaltungen. Die Mitglieder mit ihren Familienangehörigen werden aufgefordert, diese Veranstaltung zu besuchen.

Schweidnitz

Ein Schuß niedergeschossen. Aus ungeklärter Ursache brach in der Wäldchen Wohnung in Kunzendorf Feuer aus, das mit rasender Schwandbrennheit um sich griff. Die dortwohnende Schenke, der Kupffler, der Maschinenjungen mit sämtlichen Maschinen, der

Schweinschall, ein weiterer Stall, Wagen, sonstiges Gerät und alle Futtermittel und Vorräte wurden restlos vernichtet. Lediglich das Wohnhaus konnte erhalten werden. Tausende flohen immer wieder in das Brandmeer hinein, bis sie mit brennenden Flügeln in die Luft sanken. Die Funken wurden bis zum Ende des Dorfes getragen. Die Brandursache ist noch unbekannt, doch vermutet man böswillige Brandstiftung.

Landeshut

Wohnungsstempel in Liebau. A. R. Folgender Vorfall hat sich in Liebau abgespielt: Die Wohnungsinspektoren hat die am Markt 5 freiverwendende Wohnung von Weigelt dem auf demselben Platz wohnenden Sozialdemokraten und Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes, Friebe, zugewiesen. Die Wohnung besteht aus zwei Zimmern; somit besitzt Friebe jetzt ein Wohngefäß von vier Zimmern. Vom Wohnungsamt Liebau wurde

Oberitz

Direktoren als Diebstahler. Im Betriebe von Matke u. Schow wurden zwei Direktoren festgenommen, da sie fortgesetzt Diebstähle ausführten. Bei der Hausdurchsuchung fand man in ihrer gemeinschaftlichen Wohnung große Mengen gestohlener Waren, wie Schokoladen, Konfekt usw. Die eine der Direktoren war bereits 16 Jahre im Betrieb. Sie hatte die Arbeiterinnen täglich beim Verlassen des Betriebes zu kontrollieren, ob sie sich kein „unrecht Gut“ angeeignet hatten. (!)

Die Jugend wirkt

Morgen Freitag, den 13. Dezember, veranstaltet die kommunistische Jugend im „Gasthof zur Altstadt“ (Kronprinzenaal) einen proletarischen Abend. Darbietungen der Wandolftengruppe wechseln ab mit ernstem und satirischen Vorträgen. Ein Theaterstück „Dieblichste Schatten“ bildet den Abschluß. Karten sind bei allen Jugendgenossen, in der Geschäftsstelle, Lunitz 6, sowie an der Abendkasse zu haben. Eintritt 20 Pf., Erwerbslose 10 Pf. Einlaß 19 Uhr, Beginn 20 Uhr.

Sagan

Mutter und drei Kinder müssen in einem Bett schlafen

In der Stadtwiese, Nummer 2, Hinterhaus, wohnt die alleinstehende Frau Emma R. mit drei kleinen Kindern. Die Wohnhöhle, in der sie hausen muß, ist höchstens 3,20 Meter lang und 2 Meter breit. Frau R. ist einfach nicht in der Lage, ein zweites Bett aufzustellen. Sie ist darum gezwungen, mit den beiden Kleinen am Kopfende und dem größeren Kinde am Fuß des Bettes zu schlafen. Wir fragen, wie diese arbeitende Frau sich bei einem solchen Verhältnis auszusuchen soll. Es wird höchste Zeit, daß hier Abhilfe geschaffen wird. Wir sind neugierig, wie lange die Frau noch in einem solchen Raume hausen soll. Das Wohnungsamt läßt die Wohnung bann und wann mal besichtigen, aber damit ist auch alles getan.

Genau so ist es mit der Familie S., Enge Gasse 6, die in einer Wohnung hausen muß, wo ihr die Möbel von der Mäße und dem Schwamm aufgestossen werden. Dieser Zustand der Wohnung hat natürlich auch gesundheitliche Auswirkungen, besonders auf die kleinen Kinder.

Die Arbeiter müssen gemeinsam mit der kommunistischen Partei den Kampf gegen eine solche Wohnungsnot aufnehmen und für radikale Abhilfe sorgen.

Liegnitz

Der vermisste v. Radziemski ein Schwindler?

Noch immer keine Spur von ihm — Merkwürdiges aus seinem Vorleben

Die Nachforschungen der Liegnitzer und Berliner Kriminalpolizei nach dem vermissten Judenkontroll-Überwachungsbeamten v. Radziemski aus der Grenadierstraße haben noch immer zu keinem Ergebnis geführt. Dafür werden jetzt verschiedene Einzelheiten bekannt, die die Annahme nahelegen, daß v. R. ein Schwindler ist und sich verborgen hält, oder nach Polen gewandert hat. Es haben sich jetzt Industriele gemeldet, von denen einer aus Saarbrücken 10000 Mark, einer aus Neubabelsberg 2400 und einer aus Stolz-Schierfeld 3600 Mark zur Ausbeutung der „Wirtschaftlichen Goldader“ hergegeben habe. Man vermutet, daß es sich mit dieser Gold-

Der Paternörder fast freigesprochen!

Klassenurteil im Stolberg-Prozess

Neun Monate Gefängnis für den gräflichen Mörder

Von unserem nach Hirschberg entsandten Sonderberichterstatter A. R.

Hirschberg, 12. Dezember.

Der letzte Tag des abgelaufenen Spiels zwischen Gericht, Staatsanwaltschaft und Verteidigung wird mit den Plädoyers ausgefüllt. Oberstaatsanwalt Dr. Engel, der als erster das Wort nimmt, hält eine leibenslange Rede, die auch rhetorisch unter dem Durchschnittsniveau deutscher Staatsanwaltsreden sich bewegt. Es ist in Wirklichkeit vom ersten bis zum letzten Wort eine Verteidigungsrede. Eine Verteidigung, daß die Anklage nur auf fahrlässige Tötung lautet. Eine Verteidigung, daß der Mörder so früh aus der Haft entlassen wurde. Eine Verteidigung gegen die Angriffe der Presse, der er einen großen Teil der Rede widmet. Aber diese Verteidigungsversuche des Staatsanwaltes, der sich zum Verteidiger des Paternörders degradiert, können auch nicht eine Sekunde über diesen Skandal hinwegtäuschen, daß die Klassenjustiz dieser kapitalistischen Republik, die Kommunisten und revolutionäre Arbeiter auf viele Jahre ins Gefängnis und Zuchthaus verurteilt, Roten macht vor dem begüterten Erosphing eines delatanten abligen Geschlechts.

Der zweite Staatsanwalt, der in dieselbe Reihe wie sein Vorgänger tritt, beantragt ein Jahr drei Monate Gefängnis. Der Gipfel der staatsanwaltschaftlichen Redekunst steht so an:

„Wie ein Mann steht der Angeklagte nicht aus. Wie ein Mörder steht er auch nicht aus!“ (also kann er nicht der Mörder sein.)

die vergebene Wohnung noch einer Frau Vetter zugewiesen. Diese stelle fest, daß die Wohnung vergeben war an den F. Wir fragen hiermit öffentlich das Wohnungsamt: Warum ist die vergebene Wohnung noch einer anderen Person zugewiesen worden? Welche Wohnungsuchende in Liebau gibt es, die keine Wohnung oder zumindest nur eine Notwohnung besitzen? Da wir wissen, daß noch viele Wohnungsuchende vorhanden sind, erheben wir gegen eine solche Veranlassung in größter Ordnung ist?

Ein Erwerbsloser. Liebau. Die Internationale Arbeiterhilfe veranstaltet am Sonnabend, dem 14. Dezember, im „Schwarzen Adler“, eine Weihnachtsfeier. Programm: 1. Begrüßungsrede, 2. Theaterstück „Der Armen Weihnachtsfeier“, 3. Vertelung, 4. Ansprache (Referent aus Berlin anwesend). Kasseneröffnung 18.30 Uhr. Anfang 19 Uhr. Eintrittspreise: Für das Theater pro Person 30 Pf. Um 15 Uhr Kinder vorstellung. Kinder 15 Pf., Erwerbslose 30 Pf. Die gesamte Arbeitererschaft von Liebau und Umgebung ist eingeladen. Der Willkürverkauf findet bei den Genossen Spielmann, Köhner, Knappe, Sanger und Hofer statt.

Jauer

Der Konkurs der Firma Weise in Jannowitz zieht seine unheimlichen Kreise. Als unmittelbare Folge sind hier der Bauunternehmer Richard Scharfberg und der Dachdecker Georg Freudenberg in Konkurs geraten. Weitere Geschäftsleute dürften noch in Mitleidenschaft gezogen werden.

Niederschlesien

aber nur um den Tod eines Schwindlers handelt, der sich auf diese Weise Geld verschaffen wollte. Schon im Jahre 1921 war R. der sich damals den falschen Namen Hubert Wagner beigelegt haben soll, an einen Kaufmann in Berlin-Reinickow mit der Mitteilung herangetreten, er könne den Platz, wo die Russen auf der Flucht vor Hindenburg am Ufer des Schmensee bei Uch in Ostpreußen eine Kriegskasse mit 18 000 Goldmarken vergraben hätten. Er wurde damals von Beamten beobachtet, da man ihn im Verdacht hatte, er wolle seine Begleiter bestechen. Als man die Kriegskasse nicht fand, meinte er, es hätte eben jemand vorher das goldene Nest ausgehoben.

Die Zahl der Erwerbslosen

In Liegnitz beträgt gegenwärtig 4090. Davon sind Männer 3142, Frauen 948; in der Krise 1841 Männer und 470 Frauen. Für diese Viertausend hat bis jetzt der Magistrat noch kein Wort verloren, besonders nicht darüber, ob man nicht durch eine Winterbeihilfe die riesengroße Not lindern will.

Selbstmordversuch eines Rittergutsbesizers

Zahlungseinstellung einer der größten niederschlesischen Zuckerraffinerien

Auf Schloß Rudolphsdorf, bei Liegnitz, fand man den 37jährigen „Landbesitzer“ und Rittergutsbesitzer Wolfgang Scherzer mit einem Kopfschuß in seinem Zimmer schwerverletzt. Er gab nur noch schwache Lebenszeichen von sich. Dem Diener war das Unwohlsein des morgendlichen Ringelgelächens aufgefallen, worauf man in das Zimmer einbrang. Der Schwerverletzte, der in einem Stuhle saß, wurde in das Liegnitzer Krankenhaus befördert. Übergeführt, wo er mit dem Tode ringt. Wolfgang Scherzer ist Mitinhaber der Zuckerraffinerie Scherzer & Co. in Neuhof, einer der größten niederschlesischen Zuckerraffinerien, die als Neuhof Zuckerraffinerie in weiten Kreisen bekannt ist. Diese Firma hat die Hoffnungen eingestellt.

Morgen Freitag, den 13. Dezember, 20 Uhr, im Restaurant „Zum Gang“, proletarischer Abend der Arbeiter-Schulungskasse. Das Programm besteht aus Theateraufführungen, Vorträgen und Musik.

Bunzlau

Von Unbekannten erschlagen

Nachts fand man den Arbeiter Pajso aus Lilienhof in der Eckerdorfer Straße bestimmungslos neben seinem Aha auf. Man nahm zuerst einen Unfall an. Der Arbeiter ist, ohne die Bewußtlosigkeit wiedererlangt zu haben, im Krankenhaus verstorben. Der Arzt stellte jedoch fest, daß der Tod durch schwere Kopfverletzungen, die ihm durch mehrere wuchtige Stöße beigebracht worden sein müssen, eingetreten ist. Ueber der Tat schwebt noch völliges Dunkel. Die Ermittlungen nach den unbekanntem Tätern sind eingeleitet.

Lüben

Sonntag, den 15. Dezember, 20 Uhr, proletarischer Abend der „Proletarischen Musikvereinsigung“ im „Gasthof zum weißen Bann“. Theateraufführungen, Musik usw. gelangen zur Vorführung.

Aus dem Riesengebirge

Selbstmord. Aus wirtschaftlicher Not vergiftete sich der Kaufmann Hopye, der bis vor kurzem die Frühstücksstube „Der Gärtner“ bewirtschaftet hatte, mit Leuchtgas. Man fand ihn neben dem Gasherd tot auf.

Die Verteidiger waren also höchst überflüssig, da Gericht, Staatsanwaltschaft, Sachverständige und Zeugen bereits ihre Aufgabe erledigt hatten. Beide Verteidiger plädieren für Freispruch, mit der lächerlichen Begründung, daß man nicht von Fahrlässigkeit sprechen könne, sondern daß ein unglücklicher Unglücksfall vorliege, an dem der Angeklagte unschuldig sei. Rechtsanwalt Quegebrunn, der Verteidiger der Fememörder, ist an solche Reden schon gewöhnt. Aber auch der zweite Verteidiger, Rusch, fand ihm darin nicht nach. Nach vierstündiger Beratung verkündete der Vorsitzende Hoenisch das Urteil: neun Monate Gefängnis. Zur Demantelung dieses skandalösen Klassenurteils benötigte er zwei Stunden, in denen er sich darüber verbreitete, daß alle Motive, die für Mord sprächen, vom Gericht zwar geprüft, aber für abwegig erkannt worden wären. Der Angeklagte wurde wegen fahrlässiger Tötung verurteilt. Er, die hatte Strafe (!) sei erkannt worden, weil grobe Fahrlässigkeit vorliege. Strafmaßlindernd wurde in Betracht gezogen: die Schwäche des Angeklagten (ein ganz neuer Milderungsgrund), die geistige Zurückgebliebenheit, die Tatsache, daß er unbestraft sei und die Fahrlässigkeit des Ermordeten (!).

Der Angeklagte nahm das Urteil mit sichtlich Genugtuung an. Und auch die Verteidiger konnten sich eines befriedigenden Säheles nicht erwehren. Damit hat eine Justizkomödie, ein abgelautes Spiel zwischen Gericht, Staatsanwalt und Verteidigung ihr Ende gefunden. Wir kommen nochmals auf den Prozess zurück.

Kampf gegen die Aushungerung der Erwerbslosen

Heute Donnerstag, 19 Uhr: Große Versammlung im „Schleßwerder“

Bericht über die letzten Verhandlungen beim Breslauer Magistrat / Erscheint in Massen!
Es spricht: Genosse Artur Dombrowski, Breslau

Breslau

Zwei Verhaftungen in der Kindesmordfache

In der Mordfache Thiem hat die Kriminalpolizei zwei Personen verhaftet, und zwar den 35jährigen erwerbslosen Sprotte, der im Erdgeschoß des Hauses Bergstraße 9 wohnt. Sp. meidet schon auf Grund seiner körperlichen Konstitution — er ist bucklig — den Umgang der Menschen. Er geht von Zeit zu Zeit auf die Höfe musizieren. Er soll am Tage vor dem Verbrechen die Kleine Gerda Thiem im Arme gehalten und sie hin und her geschaukelt haben.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob Sprotte das Opfer einer gegen ihn bestehenden Antipathie geworden ist, die in erster Linie in seinem körperlichen Zustand seine Ursache hat. Für den Mord dürfte er unseres Erachtens nach nicht in Frage kommen.

Bei der zweiten Verhaftung handelt es sich um den erwerbslosen Schuhmacher Seifert, der im zweiten Stock des Mordhauses wohnt.

Die Vernehmung der beiden Angeklagten hat bisher kein positives Ergebnis gebracht. Der eine von beiden soll einen geistig gestörten Eindruck machen. Er gibt zu, an minderjährigen Kindern beiderlei Geschlechts „unzüchtige Handlungen“ vorgenommen zu haben. Allerdings bestreitet er entschieden, mit der Kleinen Gerda Thiem irgendwie in Berührung gekommen zu sein.

Neuerdings wird behördlicherseits mehr betont, daß die Todesursache der Kleinen Gerda ein Unfall war. Man glaubt nämlich, daß sie zunächst von dem Manne vergewaltigt wurde. Dann wollte sie die Treppe des Kellers hinauflaufen und hatte dabei ein Streichholz angezündet, durch das ihre Kleidung Feuer fing. Dabei löste sie die Treppe hinabgestürzt sein und einen Erstickenstod erlitten haben, der ihren sofortigen Tod herbeiführte. Für diese Annahme spricht auch die Aussage ihres kleinen Bruders Günther, der dabei bleibt, die Schwester gesehen zu haben, als sie die Treppe hinabstürzte, nachdem sie sich die Lippen mit dem Streichholz verbrannt hatte.

Bahnhofsvorsteher vom Zug erfasst

Gestern, Mittwoch, gegen 9 Uhr, wurde auf dem Güterbahnhof Nachbarn der Oberbahnhofsleiter Gorkyle von einer Lokomotive in dem Augenblicke erfasst, als er einem Güterzuge auswich. Gorkyle wurde furchtbar verstümmelt und war sofort tot.

Eine große Buch- und Schallplattenausstellung

wird am Sonntag, dem 22. Dezember, von der „Jfa“ durchgeführt werden. Alle bedeutenden Werke der Arbeiterliteratur werden ausgestellt sein; ausgezeichnete Schallplatten (Rezitationen von Weinert, Paerle, Neben von Lenin und Plechanow, Briefe von Luxemburg, Kampflieder usw.) kommen zur Vorführung. Nachmittags und abends werden Mitglieder der hiesigen Vereinigten Theater Vorlesungen und Rezitationen zur Vorführung bringen. Nähere Mitteilungen über die Ausstellung erfolgen noch. Wir bitten aber schon heute unsere Freunde, mit Ihren Weihnachtseinkäufen von Büchern und Schallplatten zu warten und diese nur in der Ausstellung der „Jfa“ vorzunehmen, die gemeinsam mit den in Frage kommenden Verlagen durchgeführt wird.

In der heutigen Erwerbslosenversammlung

spricht an Stelle des durch seine Teilnahme am Juristischen Weltkongress verhinderten Reichstagsabgeordneten Otto Mar G e s c h l e der Joeben vom Reichsgericht wegen „Hochverrat“ verurteilte Genosse Artur Dombrowski.

Sittlichkeitsverbrecher verhaftet. Der 29jährige Kaufmann Otto Sch. aus Breslau, der zur Verbüßung einer vierzehnmönatigen Gefängnisstrafe wegen Sittlichkeitsverbrechens zur Festnahme gesucht wurde, wurde in Dresden ermittelt. Die dortige Kriminalpolizei wurde durch Funkpruch um Festnahme des Besuchten ersucht, die auch erfolgte.

Gegen 22 000 Schlachtungen in einem Monat. Im Monat November wurden im Schlachthofe geschlachtet und untersucht: 220 Ochsen, 1225 Bullen, 1247 Kühe, 545 Jungkühe, 4267 Kälber, 12385 Schweine, 1503 Schafe, 63 Ziegen, 5 Hunde und 265 Pferde. Als untauglich zur menschlichen Nahrung wurden der Tierkörperverwertungsanstalt überwiesen: 13 Kinder, 10 Kälber, 14 Schweine, 3 Pferde und zahlreiche Organe und Organelle.

Büroverlegung. Das Amtszimmer des Direktors der städtischen Friedhöfe (Gartenbauinspektor Erbe) und die Diensträume der städtischen Friedhöfsdirektion (technische Angelegenheiten der Friedhöfe, Bestattungsfälle in Grabdenkmalsangelegenheiten) befinden sich nicht mehr in dem Grundstück An der Elisabethkirche 3/4, sondern im 2. Stock des Hauses Oberstraße 30 / Malergasse 26. Das Verwaltungsbüro der Friedhöfe (Büro XVIII F) und die Zahlstelle für Friedhöfgebühren sowie das Bestattungsamt (XVIII B) bleiben nach wie vor in den bisherigen Räumen An der Elisabethkirche 3/4, Erdgeschoß.

Dezember-Spielplan der Breslauer Volkstheater. Für die Stammgemeinde Lobe-Theater „E P 3“ von Klambund, und im Thalia-Theater das Drama „Die andere Seite“ von Scheriff gespielt, am 14. Dezember übernimmt dieses Werk die Thalia-Theater-Gemeinde. Am 1. Weihnachtstag kommen dann für die Stammgemeinde im Lobe-Theater die Komödie „... Vater sein dagegen sehr“ von Carpenter, im Thalia-Theater „Der Revisor“ von Gogol heraus, die beide bis zum 10. Januar einschließlich täglich gespielt werden.

Straßensperrungen. Wegen Ausführung von Eisarbeiten wird der Dominikanerplatz zwischen Weiße Öhle und Katharinenstraße bis 18. Dezember für Fahrzeuge aller Art ganzseitig gesperrt. Der Ost-West-Verkehr wird über Lessingplatz—Breitstraße bzw. Dominikanerplatz—Weiße Öhle, der übrige Verkehr nach Maßgabe der aufgestellten Umleitungsschilder umgeleitet. — Wegen Befestigung eines Kanalschadens wird die Marstaigasse bis 24. Dezember für Fahrzeuge aller Art ganzseitig gesperrt.

Das Wetter im Gebirge. Im Riesengebirge ist nach sehr stürmischem Wetter Schneefall eingetreten. Die Schneelage reicht hinab bis in den Bannwald. In den Vorbergen und im Hirschberger Tal hat es geregnet bei vier bis acht Grad Wärme. Im Hochgebirge sind einige Grad Kälte. Der Sturm hat auf dem Hochgebirge meterhohe Schneewehen geschaffen.

Schauspielhaus. Heute Donnerstag zum letzten Male „Die Fleidermaus“ bei vollständigen Preisen. Ab Freitag kurzes Gastspiel Martin Kettner als Rechtsanwalt Hantelmann in „Die Jugendbringein“, Operette von Kurt Jorkig.

Nachtarbeit ohne Zuschlag

Was alles bei der städtischen Straßenbahn möglich ist

Die Verhältnisse in den städtischen Betrieben unterscheiden sich durch nichts von denen in Privatreibetrieben. Dieselben Hungerlöhne, dasselbe Antreiberjstern, dieselben Schikanen gegen die Arbeiter, dieselben angestrengten Bemühungen, die Millionen-gewinne von Jahr zu Jahr zu steigern.

Greifen wir als Beispiel den Bahnhof Grüneiche der Breslauer Straßenbahn heraus. Bis zum Jahre 1927 gtag es dort noch einigermaßen. Das pagte der Direktion nicht. Deswegen wurde der Meister „degradiert“ und ein gewisser Faulstet als Meister nach Grüneiche versetzt. Faulstet hatte den Auftrag, in Grüneiche „Ordnung zu schaffen“. Und das hat er im Verlauf von zwei Jahren gemacht, und zwar gründlich. Es vergeht fast kein Tag, an dem nicht die Arbeiter Beranklung hätten, über die Maßnahmen des Meisters Beschwerde zu führen. Wer sich widersetzt, der wird bestraft, oder gar nach einem anderen Bahnhof versetzt. Ein Kollege zum Beispiel, der bei dem Meister besonders unbeliebt ist, wurde vor kurzem mit einem halben Stundenlohn bestraft, angeblich weil er während der Arbeit in der Nacht geschlafen hat. Auch wurde ihm ein Krankentag nicht bezahlt, obwohl es bei der Straßenbahn sonst üblich ist, daß ein Arbeiter, der zur Erhaltung seiner Arbeitsfähigkeit für kurze Zeit

Der erste Breslauer Generalstreik

Eine Erinnerung an das Jahr 1793

× Karl Marx hat das bekannte Wort von der bisherigen (geschriebenen) menschlichen Geschichte, die stets eine Geschichte der Klassenkämpfe gewesen sei, geprägt. An dieses Wort wird man erinnert, wenn man den Bericht über den ersten Breslauer Generalstreik liest.

Es war im Jahre 1793. Die „große französische Revolution“ hatte selbst bis in unseren östlichsten Teil Preußens ihr großes Licht gemorfen. Eine Welt stand unter dem Eindruck des Geschehens westlich des Rheins. Da und dort glimmte die Flamme der Rebellion. Auch in Breslau. Ein Funke brachte sie zum Auslobern.

Es war ein an sich nichtiger Anlaß. Ein Breslauer Schneider, geselle — ein geborener Ungar — hatte entgegen den damals bestehenden despotischen Bestimmungen, ohne Genehmigung die Arbeit bei seinem Meister verlassen. Er wurde daraufhin ins Gefängnis geworfen. Zum Protest gegen diese Maßnahme legten alle übrigen Breslauer Schneidergesellen die Arbeit nieder und veranstalteten eine Demonstration vor das Polizeihaus, wo sie die sofortige Freilassung des Verhafteten forderten. Der damalige hiesige Bürgermeister antwortete mit der Verhaftung von hundert Schneidergesellen wegen — Auffässigkeit,

worauf bald die Verhaftung sämtlicher Schneidergesellen folgte.

Ein Sturm der Entrüstung brach auf die Nachricht von dieser unerhörten Terrormaßnahme los. Alle Breslauer Handwerker — Schlosser, Schmiede, Maurer, Zimmerleute, Schuhmacher, Bäcker usw. — traten mit einem Schlage in den Streik. Breslaus wirtschaftliches Leben erstarb. Die Gemalthaber waren peinlich berührt. Das hatten sie doch nicht erwartet. Sie boten von sich aus den geschlossenen aufstrebenden Arbeitern Frieden an, und wollten den Verhafteten die Freiheit wiedergeben. Die Eingekerkerten lehnten es ab, die Gefängnisse zu verlassen, bedur nicht der unterdessen ausgewiesene ungarische Kollege zurückgeholt und ihm Abbitte geleistet sei.

Die Streikbewegung erfaßte immer mehr Breslauer Handwerker und Arbeiter. Da griff die Polizei zum letzten Mittel aller in Not geratenen Beherrscher einer untergehenden Gesellschaftsordnung:

sie rief Militär zu Hilfe.

Eine Kanone ohne Munition

kann der feindlichen Armee nicht gefährlich werden und ist ein Ballast für das eigene Heer, den man mit herumschleppt, ohne ihn für den Kampf verwenden zu können.

Ein Kommunist ohne Funktion

ist ein Papiersoldat, der dem Klassenfeind auch nicht gefährlich werden kann, weil er der Klassenkampf-Armee der Kommunistischen Partei seine Kräfte nicht zur Verfügung stellt.

Partei nicht erst,

bis dir die Reichskontrolle schwarz auf weiß im Fragebogen bescheinigt, daß du ein Papiersoldat bist. Gehe sofort zu deiner Zellenleitung und besprich mit ihr, welche Arbeit du in der Partei übernehmen und diszipliniert durchführen willst.

Werde Funktionär der Partei!

Der Breslauer Stadtkommandant kam dem Wunsche seines Polizeikomplizen gern nach. Zuerst versuchte man die Streikenden durch die militärische Gewalt zur Arbeit zu zwingen. Das scheiterte. In der Wut über diese Niederlage wurden Geschütze aufgeföhren und in eine Versammlung der Streikenden hineingeföhren.

53 Tote und 28 Schwerverwundete waren das Ergebnis.

Trotz des Blutbades trat keine Entspannung der Lage ein. Im Gegenteil: die Erbitterung wuchs ins Ungeheure, die Situation verschärfte sich von Tag zu Tag. Das erkannte auch der in diesen Tagen in Breslau weilende preussische Minister v. Hohm. Er wich vor den Arbeitern zurück. Eine allgemeine Amnestie wurde erlassen und ausdrücklich dabei betont, daß „der Uebereifer der Soldaten schuld sei an den blutigen Zusammenstößen“. Unter dem Druck der Straße mußte Hohm nach weitergehen. Er mußte die Befreiung der Opfer der Kanonade mit militärischen Ehren zulassen; außerdem übernahm der Staat die Pflegekosten für die Verwundeten und setzte Pensionen für die Hinterbliebenen aus. Und schließlich sollten die Verhafteten aus dem Gefängnis sofort entlassen werden und eine Entschädigung für die Haft erhalten.

Doch auch damit waren die Streikenden noch nicht zufrieden. In echter Solidarität erklärten sie, nicht eher wieder die Arbeit aufnehmen zu wollen, bis der ungarische Kollege wieder zurüdgeholt sei. Die Regierung mußte auch in diesem Punkte nachgeben. Der Schneider wurde zurückgerufen und in feierlichem Zuge in die Stadt geleitet, wo ihm durch einen hohen Beamten der — „Willkommenstrunk“ — anboten wurde.

Das ist der Verlauf des ersten Breslauer Generalstreiks. Von Einzelheiten abgesehen, hat sich an der Grundlinie eines solchen Kampfes in den seitdem vergangenen 135 Jahren nichts geändert. Der brutale, blutige Terror der herrschenden Klasse ist der gleiche geblieben. Und die Lehre des ersten Breslauer Generalstreiks — daß nur entschlossenes, mutiges und einheitliches Handeln den Sieg den Arbeitern bringen kann — gilt wie damals auch heute. Ja, in unseren Tagen in noch höherem Maße als früher.

Brausnick. Ein Kind getötet. Vor einem schweren Schicksalsschlage wurde die Familie des Bahnangestellten Hornig betroffen. Auf einem Spaziergange mit der Mutter glitt das zweijährige Kind am Rande des Bürgersteiges aus und stürzte auf die Straße, wo es von einem gerade vorbeikommenden Fuhrwerk überfahren wurde. Das Kind erlitt schwere Kopfverletzungen, die seinen sofortigen Tod herbeiführten.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Breslau.
— Stabteil Süd. Freitag 20 Uhr Versammlung im „Eisenberg“, Sottelstraße.
— Stabteil Nord. Alles beteiligt sich heute an der Erwerbslosen-Rundgebung im Schlegelwerder, um 20 Uhr.

Kommunistischer Jugendverband

Breslau.
— Nord. Heute 20 Uhr beim hiesigen Trebnitzer Straße 50. Alles pünktlich erscheinen und Beitrag mitbringen.

Antifaschistische Arbeiterwehren

Breslau.
— Antifaschistische Wehr, Süd. Donnerstag fällt der Faschistenabend aus, alles geht zur Erwerbslosen-Rundgebung.

Sonstige Organisationen

Breslau.
— Arbeiter-Anglerverein Breslau e. B. Mitgliederversammlung am Donnerstag 19.30 Uhr im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses, Nachbühnenbeitrag: „Naturbuchparke in aller Welt.“
— Arbeiter-Rad- und Kraftfahrersklub „Solidarität“. 2. Abteilungs. Freitag 13. Dezember, Abteilungsabend bei Klante, Hochstraße 7. Genosse Schuler hält einen Vortrag über das Thema: „Und wenn ein Krieg dennoch käme.“ Der 2. Abteilungs-Abend im Dezember fällt aus.

Verantwortlich für Politik und Bellagen Alfred Domas, Breslau; für Waldenburg und Bellagen: Vertrieb und Gewerkschaft Wilhelm Stewald, Breslau; für Oberschlesien Sieb. Zenderoff, Gletow.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

Heute, Donnerstag und Freitag, 5 und 8 Uhr

Ledige Mütter

Wenn ein Weib den Weg verliert

Jugend verboten!

Erwerbslose, Kleinrentner, Arbeitsinval. b. 5.30 Uhr 25 Pf.
Mit Besucherausweis 50 Pfg., ohne Ausweis 70 Pfg.

Gleiwitz

Nichts für Hilfsbedürftige!

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion hat am 2. Dezember 1929 eine Reihe von Anträgen an den Magistrat gestellt. Die Stadtverordneten sollten zum ersten Male am 12. Dezember zusammentreten. Die Angst vor der Abrechnung mit dem Zentrumsmagistrat ist wohl den Herren in die Knochen gefahren. Sie wollen in aller Öffentlichkeit nicht Stellung nehmen zur Frage der Mieserbhöhung. Sie haben Angst vor der Debatte über den kommunistischen Antrag auf Zahlung einer Wirtschaftsbefehle an alle Sozial-Hilfsbedürftigen.

Nach unserer Information soll nach den neuen Absichten die erste Stadtverordnetenversammlung erst Anfang Januar stattfinden. Als Grund wird angegeben, daß dadurch eine zweimallige Wltromwahl verhindert wird. Der wahre Grund aber ist, daß die Anträge der Kommunisten zu Fall gebracht werden sollen. Die Sozial-Hilfsbedürftigen, wie die Erwerbslosen, die Ausgebeuteten, die Sozial- und Kleinrentner sowie die Ortsarmen sollen am sogenannten „Fest der Liebe“ mit der Hungerpeitsche traktiert werden. Die städtischen Arbeiter sollen ebenfalls um ihren Wochenlohn gebracht werden.

Sozial-Hilfsbedürftige, Wohnungssuchende, städtische Arbeiter! Augen auf! Seht euch in der Folgezeit die Politik der einzelnen Parteien an und ihr werdet finden, daß die kommunistische Partei die einzige Partei ist, welche Arbeiterinteressen vertritt. Ginein in die SPD! Lebt die „Arbeiterzeitung“!

„O du Irdische...“ Herrlichen Zeiten führt der Gleiwitzer Magistrat die Ortsarmen entgegen. Mit Kohle und Holz werden sie nicht beliefert, Kartoffeln erhalten sie gegen Abzug. Somit müssen auch 60jährige Menschen von 20 Mark monatlicher Armenunterstützung ihr Dasein fristen. Wer will da noch behaupten, daß nicht alles in größter Ordnung ist?

Von der Stadtbücherei. Wie uns die Leitung der Stadtbücherei in Gleiwitz mitteilt, muß die Zweigstelle im Hüttenviertel noch weitere zehn Tage wegen Durchführung der Renovation geschlossen bleiben. Voraussichtlich wird die erste Wücherausgabe am 17. Dezember dort stattfinden.

Hindenburg

Hajot als „eiserner Besen“ will das öffentliche Leben „reinigen“!

Wegen „Beleidigung“ zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt

Der Uhrmachermeister Hajot, der zu den im November stattgefundenen Kommunalwahlen unter der Flagge „Kulturbund des Viten“ als Spitzenkandidat segelte, verband bereits im Sommer seine in Flugblättern herausgegebenen Geschäftsklame mit Gedichten und Liebern, die aus seiner eigenen „geistigen“ Werkstätte stammen, in denen der Magistrat besungen wurde, mit dem scheinbaren Zweck, sich „populär“ unter der Bevölkerung zu machen. Bürgermeister Franz sowie Stadtrat Hübner sahen in einem der Lieder eine Beleidigung ihrer Person und stellten gegen Hajot Strafantrag. Der Staatsanwalt nahm sich dieser getränkten Herren an, und deshalb sah Hajot am Dienstag auf der Anklagebank vor dem erweiterten Schönheitsgericht. Als Zeugen ließ das Gericht nur die „Beleidigten“ zu. Keun Zeugen, die H. beantragt hatte, zu laden, wurden vom Gericht abgelehnt.

Hajot führte an, daß er sich nur gegen die wirtschaftliche Benachteiligung durch den Magistrat habe wehren wollen. Bei der Erledigung der eingegangenen Offerten und Vergabung von Aufträgen soll der Magistrat nicht vorchriftsmäßig gehandelt haben. Ihn habe man ein einziges Mal zur Abgabe einer Offerte aufgefordert. Ferner habe H. sich um einen Laden auf der Bahnhofsstraße beworben und trotzdem er die höchste Miete anbot, ihn nicht zugesprochen bekommen. Freigestellt wurde bei der Beweisaufnahme, daß der von H. in Frage gestellte Auftrag auf Lieferung von Meßinstrumenten seinen ordnungsgemäßen Lauf nahm. Wenn H. den Laden nicht erhielt, so erklärte Bürgermeister Franz, daß er sich für H. einsetzte, der Magistrat aber anders beschloß. H. sprach vor dem Magistratsbeschuß bei Franz und Hübner wegen des Ladens vor.

Hajot stellte sich vor Gericht als der Sachwalter der Interessen der besetzten Klasse hin — er sei stadtbekannt und unbestechlich — sei jetzt auch Stadtverordneter und werde das öffentliche Leben „reinigen“. Es klingt zwar schön, aber man sieht, daß dieser „eiserner Besen“ an Lieberlichkeit leidet. Jeder Klassenbewußte Arbeiter weiß, daß die gesamte bürgerliche Gesellschaftsordnung ein wahrer Korruptionsstump ist und sie nur durch ihren Sturz und die Aufrichtung der kommunistischen Ordnung beseitigt werden kann. Und wer vertritt die Interessen der proletarischen Klasse? Kein Hajot, sondern die kommunistische Partei in ihrem parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampfe.

Bürgermeister Franz erklärte unter Eid, daß er als Aufsichtsratsmitglied der Preußag „nur“ 60 Mark an Tagegelder bei Sitzungen und 250 Mark einmalig laut Vorstandsbeschuß erhielt. Soll das der vollen Wahrheit entsprechen? Das „Hindenburgische Tagblatt“ schreibt einmal, daß Franz 1000 Mark, genau so wie Sobotta,

Das Verbrechen an den Bergarbeitern

Am 3. Dezember 1929 beschäftigte sich die Gruben sicherheitskommission des Oberbergamtsbezirks Dortmund mit einer Reihe von Unglücksfällen aus den letzten Wochen. Von besonderem Interesse ist dabei das Unglück vom 4. August auf „De Wendel“, bei dem vier Bergarbeiter getötet wurden. Die Ursache zu dem Unglück war die Stilllegung der Ventilatoren sowie des Luftkompressors. Der Betriebsführer hat die Stilllegung angeordnet und durchgeführt, obwohl sich noch Leute in der Grube befanden. Eine solche Stilllegung, und selbst wenn kein Mensch in der Grube gewesen wäre, durfte nur erfolgen mit schriftlicher Genehmigung der Bergbehörde. Eine solche Genehmigung war nicht eingeholt. Eine weitere Schuld trifft auch den Bergrevierbeamten Mittelschulte, bzw. die Bergbehörde. Die Ursache zur Zündung der Schlagwetter war ein elektrischer Antriebsmotor. Solche elektrische Antriebsmotore dürfen nur in Ausnahmefällen, und auch dann nur im einziehenden Wetterstrom mit Genehmigung der Bergbehörde in der Grube verwendet werden. Der Bergrevierbeamte hat aber die Verwendung dieses elektrischen, gegen Schlagwetter ungeschützten Antriebsmotors genehmigt, der dann aber nicht im einziehenden Wetterstrom, sondern in einer Kammer, in der überhaupt keine Wetterführung vorhanden war, eingebaut wurde. Dieser Motor hat seit einem Jahre dort gestanden, ohne daß die Bergbehörde bzw. der die Genehmigung erteilende Revierbeamte sich bemüht hätten, seine Entfernung zu veranlassen. Mittelschulte ist übrigens derselbe Revierbeamte, der im Jahre 1928 auf der Zeche Sackeln die längeren Arbeitszeiten vor heißen Betriebspunkten ge-

als Aufsichtsratsmitglied, erhalte. (Wahr ist aber auch, daß E. als SPD-Abgeordneter diese Gelder der Parteikasse abführt.) Das Gericht verurteilte H. wegen Beleidigung zu 300 Mark Geldstrafe und erlaubte auf Publikationsbefugnis des Urteils.

Im städtischen Schlachthof sind in der Zeit vom 16. bis 30. November 1929 geschlachtet worden: 35 Bullen, 14 Ochsen, 558 Rinder, 36 Jungkinder, 298 Kälber, 3 Schafe, 20 Ziegen, 1482 Schweine und 15 Pferde.

Der Fremdenverkehr der Stadt Hindenburg hat im Monat November gegen die Vormonate keine Verminderung erfahren. In den höchsten Hotels sind insgesamt 638 Fremde abgestiegen, von diesen waren 552 Reichsdeutsche und 86 Angehörige anderer Staaten.

Oppeln

Winterveranstaltung. Zu der am Sonnabend stattfindenden Winterveranstaltung im alten Schützenhaus werden die Arbeiterkolonnen der polenarischen Organisationen von Oppeln eingeladen. Der Arbeiter-Schmalzverein spielt.

SPD. und Zentrum billigen Mieten-erhöhung bei der Bergwerks-A.-G. Redlinghausen

Im Ausschuß für Handel und Gewerbe des Preussischen Landtags wurde der kommunistische Antrag auf Zurücknahme der Mietenerhöhungen bei der Bergwerks-A.-G. Redlinghausen in den Verhandlungen. Der sozialdemokratische Direktor Osterroth legte als Berichterstatter mit, daß die Mietenerhöhungen von der Bergwerks-A.-G. durchgeführt wurden mit Zustimmung der „Arbeitervertretung“. Es sei beachtet gewesen, die Miete um 2 Mark pro Zimmer zu erhöhen. Durch Verhandlungen sei es gelungen, eine Erhöhung nur um 1,50 Mark eintreten zu lassen. Diesem hätten auch die „Arbeitervertreter“ zugestimmt. Auch mit der Betriebsvertretung von Scholven, die zuerst die Mietenerhöhung abgelehnt habe, sei eine Einigung erzielt worden, so daß auch diese sich mit der Mietenerhöhung einverstanden erklärt hat.

Für die kommunistische Fraktion ging Genosse Sobotta auf diese Mietenerhöhung ein. Er stellte fest, daß von einer Einigung mit dem Betriebsrat keine Rede sein kann. Der Gesamtbetriebsrat von Redlinghausen hat mit 20 gegen 5 Stimmen der Mietenerhöhung zugestimmt. Das ist also keine Einigung, sondern ein Mehrheitsbeschuß. Zugestimmt im Gesamtbetriebsrat haben nur die Christlichen und die Sozialdemokraten. Die Vertreter der oppositionellen Bergarbeiter haben ihre Zustimmung nicht gegeben. Man kann daher von einer Einigung nicht sprechen. Daraus kommt noch, daß Arbeitervertretungen auf den einzelnen Zechen, wie „Rheinbaben“, „Scholven“, „Westerholt“ usw. die Mietenerhöhungen abgelehnt haben. Wenn Sozialdemokraten und Christliche sich mit den Grubenmagnaten einigen, dann kann man daraus nicht eine Einigung der gesamten Betriebsvertretung machen. Genosse Sobotta weist dann nach, daß ein Grund zur Mietenerhöhung überhaupt nicht vorliegt, da der Ueberschuß der Bergwerks-A.-G. Redlinghausen in jedem Jahr gestiegen sei und auch im letzten Geschäftsjahre 11 438 083,35 Mark betragen habe. Die Mietenerhöhung hat nur den Zweck, einer allgemeinen Erhöhung der Mieten den Weg zu ebnen. Der kommunistische Antrag verlangt darum, daß die Regierung dafür sorgt, daß die Mietenerhöhung unterbleibt.

Herr Jafobs, der Gladbacher Bergarbeiter, der im Ausschußrat der Redlinghausen-A.-G. mit Osterroth zusammen die Mietenerhöhung beschloßen hat, erklärte, daß die Erhöhung der Mieten nicht zu hoch sei. Ein Arbeiter, der für eine Wohnung vor der Mietenerhöhung 24 Mark bezahlte, müßte jetzt 30,85 Mark bezahlen. Das sei ein angemessener Preis, den jeder Arbeiter bezahlen könnte. Die Zehnwohnungen der Redlinghausen-A.-G. wurden von ihm geradezu als musterzügliche Komfortwohnungen bezeichnet.

Daß angesichts einer so glänzenden Begründung durch die sozialdemokratischen Abgeordneten die reaktionären Deutschnationalen und Volksparteier kein Wort zu sagen brauchten, versteht sich von selbst. Ihre Geschäfte werden von den Sozialdemokraten ja glänzend besorgt. Der kommunistische Antrag wurde dann gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Die Vorbereitungen zur Reichskontrolle

müssen bis 14 Dezember beendet sein

Genehmigte und der nachher in seinem berüchtigten Gutachten die Zeche besonders in Schutz genommen hat. Die kommunistische Landtagsfraktion verlangte schon damals die sofortige Entfernung dieses Beamten. Das ist nicht geschehen. Jetzt sind wiederum durch seine Schuld und die Schuld der Zechenleitung vier Bergarbeiter getötet worden.

Gegen den schuldigen Betriebsführer und eine Reihe anderer Beamten von „De Wendel“ ist von Seiten der Bergbehörde Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt worden. Damit ist noch nichts erreicht. Die Bergarbeiter müssen die sofortige Entfernung dieser Bergarbeitermörder von den Zechen fordern.

Genau so verhält es sich bei dem Unglück auf „Thyssen 3/7“. Auch hier wurden selbst in der Grubensicherheitskommission zugegeben, daß das Verhalten des Betriebsinspektors und der höheren Beamten geradezu ungläublich sei. Ohne Zweifel ist auch hier der Tod der vier Bergarbeiter durch die Schuld der Betriebsleitung herbeigeführt worden. Auch hier müssen die Bergarbeiter die Entfernung dieser Beamten von den Zechen verlangen. Nur dann, wenn die Bergarbeiter selbst mit aller Deutlichkeit zu verstehen geben, daß sie nicht gewillt sind, in die Grube zu fahren und solchen Beamten ihr Leben

„Der stille Don“

Kosakenroman von Michael Scholochow

Copyright by Verlag für Literatur und Politik Berlin-Wien (32) In der Küche begann Darja, angeheitert und rot im Gesicht, ein Lied zu singen. Es wurde aufgegriffen. „Dort ist ein Fluß und dort die Brücke, Doch in der Brücke eine Lücke.“ Die Stimmen hochten sich ineinander, und alle überstöhnend ordnete Chirikonjas Stimme, daß die Fenster kurrten: „Gib' uns jemand einen Wein, Das war' fein, das war' fein...“ Im Schlafzimmer quieschten die Weiber: „Meine Stimme, meine Stimme habe ich verloren.“ Eine greisenhafte, wie ein Reifen nur ein Faß kurrrende männliche Stimme fiel ein: „Meine Stimme, meine Stimme habe ich verloren, Und auch den Liebsten, den ich erlor.“ „Bauere nur einsam durch das Feld, Bin allein und verlassen auf dieser Welt.“ „Schön läßt's sich kmausen, liebe Leute!“ „Versuch mal die Brzela.“ „Fort mit deiner Hand... mein Mann schant doch her!“ „Si-ti-t-t-e-r-r-i“ „Wie sein der Brantführer der Brautmutter den Hof macht!“ „Gib uns kein Kammsfleisch... wir sind an Eierlet gewöhnt! Der ist fett!“ „Komm, Proschka, kochen wir mal an!“ „Sjemjon Gordejewitsch!“ „Ja!“ „Sjemjon Gordejewitsch!“ „Ja!“ In der Küche erglitzerte der Fußboden, Stiefelablässe dröhnten, ein Glas fiel hinunter, der Klang tauchte im Lärm unter. Grigorij sah über die Köpfe der um die Küche Eigenen in die Küche: johlend

und quieschend trippelten die Weiber in einem Kreis. Ihre biden Hintern wackelten (es gab keine mageren, jede trug fünf, sechs Röde). Sie winkten mit den Tschentüchern, schlenkerten im Tanz mit den Ellenbogen. Harmonikallänge bohrten sich herausfordernd ins Ohr. Der Harmonikallspieler begann einen Kosakentanz mit tiefen Trillern zu spielen. „Kommt in den Kreis! Kommt!“ „Nacht Plah, liebe Gäste!“ bat Pietro und stieg in die im Tanz wackelnden Bäuche der Weiber. Grigorij, wieder aufgelebt, blinzelte Natalja zu. „Pietro wird einen Kosakentanz tanzen... schau mal hin.“ „Mit wem?“ „Siehst du nicht? Mit deiner Mutter.“ „Lufinitshina kemnte die Arme in die Hüften, in der linken hielt sie ein Tschentüch.“ Pietro näherte sich ihr mit kleinen Schritten, machte eine herrliche Kniebeuge und lehrte, nach rückwärts trippelnd, auf den früheren Platz zurück. Hodte nieder, schnellte die Beine von sich, schlug mit den Handflächen auf die Stiefelgastie. Die Beine glitten mit unglaublicher Geschwindigkeit über den Fußboden, der von Schweiß feuchte Haartropfen flog, die Bewegungen der Beine kaum einholend, hin und her. Grigorij konnte nichts sehen, die Nacht an die Tür gedrängten Gäste verstellten ihm den Ausblick, er hörte nur das Krachen der einbeinigen Stiefel, das sich wie das Krachen eines brennenden Tannenbrettes anhörte und die aufreizenden Schreie der Gäste. Dann tanzte Miron Grigorjewitsch mit Jfinitshina. Er tanzte ebenso erup und jachlich, wie er alles tat. Pantelej Proloffjewitsch stand auf einer Bank, schlenkerte mit dem linken Bein und schnalzte mit der Zunge. Statt der Beine tanzten seine Lippen und der sich unaussprechlich bewegende Ohrring. Alle tanzten im wilden Kosakentanz, alte, leidenschaftliche Tänzer und auch solche, die nicht einmal die Beine ordentlich biegen konnten. Aufmunternde Schreie und trinkenes Schnalzen begleiteten dieses wilde Tanzen bis zum frühen Morgen.

Zweiter Teil I. Sjergej Platonowitsch Mochow Stammbaum führt weit zurück. In den Jahren der Herrschaft Peters I. ging eine mit Zwiebad und Waffen beladene Barke über den Don nach Ufew. Die Einwohner des diesigen Städtchens Tschigonaki, das sich im Quellengebiet des Don eingestiftet hatte, überstelen in der Nacht diese Barke, lösteten die schlafende Mannschaft, raubten den Zwiebad und die Waffen und verfenkten die Barke. Auf Befehl des Jaren kam Militär in das Städtchen Tschigonaki und zündete es an. Die am Raub beteiligten Kosaken wurden im Kampf erbarmungslos niedergemacht. Der in Gefangenschaft geratene Kosakentapitan Jafirka und vierzig Kosaken wurden auf schwimmenden Galgen aufgehängt. Um den rebellierenden Kosakensiedlungen Angst einzujagen, ließ man diese schrecklichen Schaukeln den Don entlang schwimmen. Zehn Jahre später siedelten sich dort, wo früher die Häuser von Tschigonaki geraucht hatten, eingewanderte Kosaken und solche, die nach der damaligen Strafexpedition am Leben geblieben waren, an. Wiederum entstand eine Siedlung, wiederum umringte sie sich mit schützenden Erdwällen. Und eben zu jener Zeit kam auf allerhöchsten Befehl ein zaristischer Aufseher, der Bauer Nikischla Mochow aus Woroneß, hin. Er konnte mit allem möglichen, für den Hausbedarf der Kosaken notwendigen Hausgeräten: mit Messerstielen, Labal, Feuersteinen. Kaufte und verkaufte gestohlene Ware und fuhr zweimal im Jahre nach Woroneß, angeblich um neue Ware zu kaufen, in Wirklichkeit aber, um zu melden, daß es in der Siedlung ruhig sei und die Kosaken vorläufig nichts Böses im Sinne hätten. Von diesem Nikischla Mochow stammte das Geschlecht der Sandler Mochow. Bah und fest blieben sie in der Kosakensiedlung. Sie vermehrten sich und wurzelten sich ein wie Unkraut, das, so oft es auch ausgerissen wird, nicht zu vertilgen ist. Sie hielten die halbvergiltbe Arkumbe, die der Woroneßer Wojewode dem Ugroßvater übergeben hatte, als er ihn in die rebellische Siedlung schickte, hoch und heilig. Vielleicht wäre sie noch bis zum heutigen Tage erhalten geblieben, wenn sie nicht während einer gewaltigen Feuersbrunst noch zu Zeiten des Großvaters Sjergej Platonowitsch verbrannt wäre. (Fortsetzung folgt.)

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. 36 300
Täglich 8 Uhr
Direktion: Carl Lorch
Neu e. Sonner-
tag, a. cada 8 Uhr
Die
Gledermans
mit Mari Kettner
als Frosch
Volksstimmliche Preise
1.-, 2.-, 3.-, 4.50 Mk.
Ab Freitag, 8 Uhr
5 Gauspieler 5
Martin Kettner
**Die Jugend-
prinzessin**
Operette in 3 Akten
von Kurt Zorlig
sonntags,
nachm. 4 Uhr
Rosenbrödel
Weihnachtsmärchen
mit Gesang u. Tanz
Pianos
Sprechapparate
M b b l
Schallplatten
billigste Zellgahlung
gekattelt
Martha Schmidt
Breslau, Ritolaisstr. 54

Webwaren, Spezialität eigener Ausrüstung
Wäsche und Konfektion
eigener Herstellung — Gelegenheitsposten
S. Blasse, Breslau, Graupenstr. 6-10

Schöne Vögel, die im Käfig gesund und sangeslustig sein sollen, sicher einzig das so bewährte vielfach preisgekrönte für jede Vogelart naturgemäß zusammengestellte
Vogelkutter
von **Theodor Buchali**
Breslau, Zwingerpl. 2
Filiale **Blind** jetzt **Ellenbühlstr. 5** am Rathaus
Markthalle II, Gartenst. Kaiser-Wilhelm-Str. 72 an der Viktoriasstraße Kais.-Wilhelm-Str. 175 Kleinburg
Vogel-Käfige u. **Häng-Vogelkäfige** in größter Auswahl
Singkutter
Paket 1/2 Pfund 33 P.
Paket 1/4 Pfund 20 P.

B. Pohl
Beste und billigste Bezugsquelle
ff. Schokolade
Kakao — Konfitüren
Leb- und Honigkuchen
Keks — Waffeln und Zwieback
Verkaufsstellen
in allen Stadtteilen Breslaus

Max Petersilie
Zigarren-Spezialgeschäft
Breslau, Reuschestrasse Nr. 37/38
Frankfurter-Strasse Nr. 184

Empfehle den Hausfrauen meine
prima Fleisch- und Wurstwaren zu den niedrigsten Preisen:
Schweinefleisch
Rauch 1.— Schuppbraten 1.35
Schulter 1.30 Roteletts 1.45
1a Rindfleisch
Hohe Rippe 1.10 Derbes 1.30
Rouladen 1.40 Gehack. Rindfl. 1.—
Kalbfleisch m. Knoch. 1.30, ohne 1.60—1.70
Prima Wurstwaren
ff. Aufschnitt 1/4 Pfd. 0.35
Zerelatwurst, Salami 1/4 Pfd. 0.35
Rialbasse, Braunschweiger 1/4 Pfd. 0.35
Erste Sorte Knoblauchwurst 1/4 Pfd. 0.25
Polnische 1/4 Pfd. 0.30
Alles andere sehr preiswert
Fritz Stöck, Fleischermeister
Breslau, Rubferschmiedstr. 52 c
Rittermarkthalle Stand 352—54

Schreibmaschinen-Arbeiten, Abschriften, wie
Klagesachen, Kostenrechnungen und Vervielfältigungen aller Art, billigt **B. Gollm**
Breslau, Schießwerderplatz 4

Zigaretten alle Marken, bei 50 Stück An-
nahme 10% Preisermäßigung
J. Gollig, Breslau, Schießwerderpl. 4

Beerdigungsanstalt
C. Heymann
Bestattungs-Versicherung
Heberführung
und Feuerbestattung
Klostertr. 97 — Zweigneschäft Gräb-
löhner Straße 87 — Telephon 587 47

B. Thiemann, Beerdigungs-Anstalt
Breslau 10, Matthiasstr. 124
Fernruf 21 602
Inhaber: **Erich Müller**

Tassilo Krienke
Zigarren-Spezialhaus
Ritterplatz 10 Sternstr. 5/9

Brof. Weiß- und Feinbäckerei
Paul Mohry, Breslau, Hirschstr. 69

Bettfedern
Daunen, Inletts
nur beste Qualitäten
bekannt billig
Bettenspezialgeschäft Herzig
Breslau, Matthiasstr. 100
am Waterlooplatz Linie 14 und 24

Herzberg & Co.
Höfchenstraße 48 Bücherplatz 17
Leuthenstraße 10 Klosterstraße 84
Selenkestraße 17 Michaelistr. 3
Bieten an:
Vom Faß gegen Kasse
Breslauer 32% = 2.65
Weinbrand-Verschnitt 38% = 3.45
Weinbrand echt 38% = 4.40
Garantiert aus reinem franz. Wein
Jam.-Rum-Verschnitt 3.70
Himbeersaft . . . per Liter 1.35
(1 Liter über 2 1/2 Pfund)
98% Prima Sprit . . . per Liter 7.00

Tafel-Liköre einschl. Flasche.
Meisterwerke der Destillierkunst
Curacao, Goldwasser, Niorange,
Crème de Cacao, Stonsdorfer, Atlas,
Pfeiffermüsz, Rose, Pränelle, Sherry
Brandy, Kurkürstl, Magen, Halb und
Weiß etc.
30% Mk. 3.10 35% Mk. 3.60

Nähmaschinen
für Haushalt, Heimarbeit
und Gewerbe
10 Mark Anzahlung
2.50 wöchentliche
Ratenzahlung
Jos. Greulich, Mechanikermstr.
Breslau, Herrenstr. 24 / Telephon 507 85
Reparaturen u. Ersatzteile für alle Fabrikate

See-Fische, Fluß-Fische
Wild u. Geflügel bei
Willi Hanke
Schweidnitz, Langstraße 29

Stadtheater Breslau
(Opernhaus)
Spielplan vom 9. bis 15. Dezember 1924
Donnerstag, 19.30 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie E 8
Zannhäuser
und der **Gänzerlein auf Wartburg**
Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie C 8
Der 3. Gauerbaron
Sonntags, 20 Uhr
Der Niegende Holländer

Möbel
Schlaf-, ineiszimm.,
Wohnzimm., Küchen
auf
Kredit
auch Einzeilmöbel,
Schränke, Vertikos,
Bettstellen etc zu
niedrigsten Preisen
Dawid
Friedr.-Wilh.-Str. 9
nur von
Hondl
Gottesberg
Niederstraße
neben
Dronerle Wohlfarth

Eine in **Stenographie** und
Schreibmaschine bewanderte,
mit allen Büroarbeiten vertraute
Genossin
wird für 1. 1. 30 für ein Or-
ganisationsbüro gesucht. An-
gabe der Gewerkschafts- und Or-
ganisationszugehörigkeit erforder-
lich. Off. unt. N. 3. 100, Exp. d. Sta.

Das größte Schuhhaus

Breslaus bringt billige

Weihnachtsangebote!

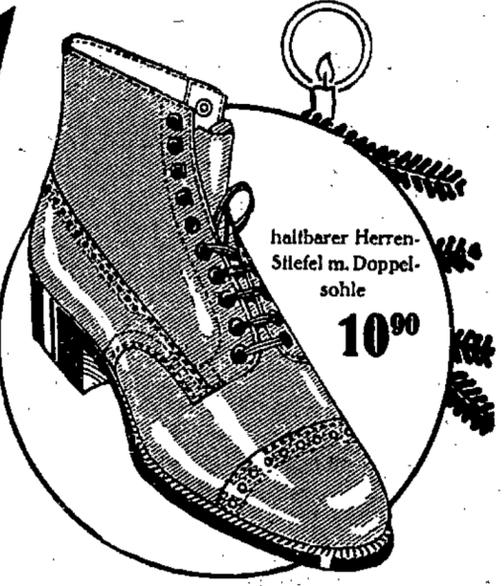
Damen-Schuhe
Damen-Spangenschuhe in Lack und Leder, mit empor-
gehobenem Absatz. 6⁰⁰
Trotter-Spangenschuhe braun, mit herbstbeige kom-
binierter 7⁰⁰
Silberkral-Pumps und **Spangenschuhe** mit dem
eleganten Stiefelhaut 7⁰⁰
Lack-Pumps mit edlem LK-
Absatz, elegante Formen. 8⁰⁰
16.50, 14.50, 11.50
Unterziehschlempfe feine Daumwolle, sehr
halber 85⁰⁰
**Herliche Daumwoll-
Strümpfe** verschiedene
Farben 1¹⁰

Sportliche Schnürschuhe die grobe Mode, kombiniert in
modernen Farbtönen. 10⁰⁰
Wildleder-Pumps mit franz.
Absatz u. Lack-Spangenschuhe
mit amerik. und franz. Absatz
in vielen Ausführungen 12⁵⁰
Damen-Boots mit Reißversch.
in schwarz, grau u. mode, für
amerik. und franz. Absätze 11⁰⁰
Damen-Ressantstiefel der
moderne, leichte Ueber-
schuh, mit Reißversch. 16⁵⁰
**Kolawollene Damen-
Strümpfe** bestens verarbt,
sehr schönes Farbsortiment 1⁹⁵
**Wasserdichte Damen-
Strümpfe** in den neuen
Herbst-Tönen, I. Wahl 1⁶⁵

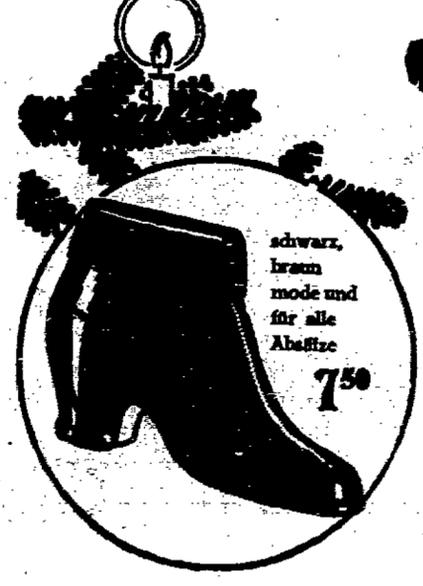
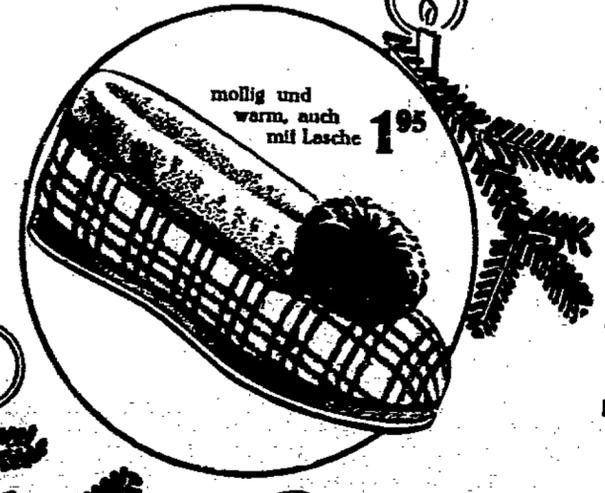
Kinder-Schuhe
Kinder-Lackspangenschuhe mit
höckerigen Steppern 5⁵⁰
31-35 6.90, 27-30
Sportstiefel mit Doppelsohle, röhler
Wand, 36/39 9.90,
31-35 6.90 7⁰⁰
27-30

Kinder-Boots moderner mit Samtkragen
31-35 7.25, 27-30 6.50
23-26 5⁰⁰
**Mill. Kamelhaar-Schnallen-
Stiefel** m. Kappen, Absatzhöhe
31-35 2.25, 27-30 2.90
23-26 2.50, 20-24 2²⁵

braun
mit haselnuß
kombiniert
9⁰⁰
Mitglied der
Kunden-Kredit G. m. b. H.
Gartenstr. 67 (Capitol)



Herren-Schuhe
Herren-Halbschuhe schwarz, spitze und halbrunde
Formen 6⁰⁰
Herren-Lack-Halbschuhe weiß
gedoppelt, röhliche
Formen 9⁰⁰
12.50
Herren-Sportstiefel dop-
pelschuhig, mit wasserdicht.
Futter, und Staubkappe, teile
Strapsier - Qualität,
braun 12.90 11⁰⁰
schwarz
Herren-Socken teile
Strapsier-Ware 45⁰⁰
Wacco-Socken neuartig
gemustert 95⁰⁰
1.10



Klausner
Hauptgeschäft
Ohlauer Str.
5-6
Filiale
Schuh-Etage
Ring 22
1.-3. Stock, Fahrstuhl
Kleider-Schlepp und -Socken in größter Auswahl!